

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

18. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Zusammenfassung	4
II. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik – Deutschlands Visitenkarte in der Welt	6
1. Ziele und Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik	6
Exkurs: Willkommenskultur	6
2. Instrumente der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik	7
3. Partner/Akteure in einem veränderten Umfeld	7
4. Kommunikation	8
5. Ressourcen	9
III. Schwerpunkte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Berichtszeitraum	13
1. Schwerpunkte in den Bereichen „Kultur und Sport“	13
a) Internationale Sportförderung	13
b) Deutschlandjahre	15
Exkurs: Deutschlandjahr in Brasilien 2013/2014	15
c) Kulturelle Programmarbeit	16
Exkurs: Literatur- und Filmförderung	16
Exkurs: Gedenkjahr 2014	17
d) Kulturerhalt	18
Exkurs: Internationales Treffen zum Erhalt der Islamischen Handschriften von Timbuktu	18

	Seite
e) Internationaler Kulturgüterschutz und Kulturgüterrückführung	19
Internationaler Kulturgüterschutz.....	19
Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter	19
Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter.....	20
Exkurs: „Fall Gurlitt“	20
2. Schwerpunkte im Bereich „Bildung“	20
a) Deutsch als Fremdsprache.....	20
Exkurs: Deutsch-russisches Institut für innovative Technologien (GRIAT).....	22
Exkurs: Förderung deutscher Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich den Nachfolgestaaten der UdSSR.....	22
b) Partnerschulinitiative (PASCH) und Deutsche Auslandsschulen.....	22
c) Schüleraustausch	24
d) Jugendaustausch	24
„kulturweit“	25
Schwerpunkte des Jugendaustauschs	25
e) Wissenschafts- und Hochschulaustausch	26
Exkurs: Umsetzung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes	28
Exkurs: „Erasmus+“	28
f) Berufliche Bildung und Weiterbildung	28
3. Schwerpunkte im Bereich „Kooperation und Dialog“	31
a) Transformationspartnerschaften für den demokratischen Wandel und Islamdialog	31
b) Afrika, insb. „Aktion Afrika“	31
c) UNESCO.....	33
4. Schwerpunkte im Bereich „Deutschlandbild im Ausland“	34
Exkurs: Neuaufstellung der Deutschen Welle.....	35
5. Regionale Schwerpunkte	35
a) Ukraine und andere Länder der östlichen Partnerschaft.....	35
b) Naher Osten, insbesondere Syrien und Irak	36
c) Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds.....	37
d) Kulturakademie Tarabya	37
IV. Die Mittlerorganisationen und andere Einrichtungen der AKBP im Überblick	38
Goethe-Institut (GI).....	38
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD).....	38
Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH).....	38
Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) des UNHCR.....	38
Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)	38
Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA).....	38

	Seite
Pädagogischer Austauschdienst (PAD).....	38
IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	39
Deutsche UNESCO-Kommission (DUK)	39
Deutsches Archäologisches Institut (DAI).....	39
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).....	39
Deutsche Welle (DW)	39
Max Weber Stiftung (MWS).....	40
Kulturstiftung des Bundes (KSB).....	40
Haus der Kulturen der Welt (HKW).....	40
Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften	40
Fulbright-Kommission	40
Villa Aurora.....	40
Deutsche Auslandsgesellschaft e. V.....	41
Villa Vigoni.....	41
Auslandskulturarbeit der Kirchen.....	41

I. Zusammenfassung

Der 18. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik¹ umfasst Entwicklungen, Ereignisse und Veranstaltungen der Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland sowie der Außenwissenschaftspolitik zwischen September 2013 und Dezember 2014. Der Berichtszeitraum war geprägt von einer Vielzahl von Krisen, u. a. in der Ukraine, Syrien/Irak (ISIS) und Westafrika (Ebola), aber auch von freudigen Ereignissen wie der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft und dem Deutschlandjahr in Brasilien. Im Jahr 2014 gedachten Europa und die Welt zudem des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren und des Falls der Mauer vor 25 Jahren. Vor diesem Hintergrund sind folgende Schwerpunkte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung im Berichtszeitraum hervorzuheben:

- Das Deutschlandjahr in Brasilien 2013/2014 stand unter dem Motto „Deutschland – Brasilien, wo Ideen sich verbinden“. Deutschland zeigte sich mit 1100 Veranstaltungen in seiner breiten Vielfalt in rund 100 brasilianischen Städten und erreichte dabei sieben Millionen Menschen direkt und Millionen weitere über die diversen Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit.
- Das Gedenkjahr 2014 wurde mit zahlreichen Veranstaltungen im In- und Ausland begangen. Die partnerschaftliche Erinnerung über Grenzen hinweg trug zu Völkerverständigung und Versöhnung bei und ermöglichte es, im respektvollen Miteinander der Erinnerungskulturen Toleranz und das Verständnis füreinander zu fördern, wobei der deutschen Geschichte entsprechend die Kooperation mit europäischen Partnern, einschließlich Russlands, im Vordergrund stand. Die Veranstaltungsreihe des Auswärtigen Amtes „1914/2014 – Vom Versagen und Nutzen der Diplomatie“ thematisierte diplomatische Herausforderungen und Möglichkeiten in Zeiten der Krise und verdeutlichte, dass der Dialog über unterschiedliche Erinnerungskulturen für das gegenseitige Verstehen nützlich und notwendig ist.
- Deutsch als Fremdsprache erlebte weltweit einen erfreulichen Aufschwung. Die Nachfrage nach Deutschunterricht stieg an – stimuliert durch die starke deutsche Wirtschaft und die Internationalisierung der deutschen Wissenschaft tragen hier die strukturellen Reformen (PASCH-Initiative, Ausbau der Goethe-Institute) und die damit einhergehende verstärkte Förderung von Deutsch als Fremdsprache erste Früchte. Im Zentrum des Deutsch-Chinesischen Sprachenjahres 2013/2014 stand die Stärkung von Deutsch als Fremdsprache im chinesischen Bildungswesen. Mit dem „Jahr der deutschen Sprache und Literatur in Russland 2014/15“ soll gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtig schwierigen politischen Rahmenbedingungen und des signifikanten Rückgangs der Sprachlerner in Russland Spracharbeit als Grundlage für Verständigung und Dialog zwischen den Zivilgesellschaften gefördert und gestärkt werden. Deutsch als Minderheitensprache wurde gestärkt.
- Der Vierte Weltkongress der Deutschen Auslandsschulen stand im Zeichen dieser Reformbemühungen und brachte 450 Vorstände, Schul- und Verwaltungsleiter der mehr als 140 Deutschen Auslandsschulen sowie erstmalig auch Vertreter der rund 1.100 Sprachdiplomschulen und der Berufsbildungszentren im Ausland zusammen.
- „Die Außenwissenschaftspolitik beweist sich gerade in Krisenzeiten. Sie flankiert eine Außenpolitik, die sich für mehr Verständigung und friedlichen Ausgleich einsetzt.“ So beschrieb Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier die Rolle der Außenwissenschaftspolitik. In diesem Kontext hat das Auswärtige Amt beispielsweise ein mehrjähriges Maßnahmenpaket für syrische Studierende aufgelegt, das auch Stipendien vorsieht. Wie die Außenwissenschaftspolitik zur Überwindung von Sprachlosigkeit beiträgt, illustrierte ein Treffen von mehr als 50 Alumni des Bundeskanzler-Stipendienprogramms aus der Russischen Föderation, den USA, der Volksrepublik China und Experten aus Deutschland im November 2014 in St. Petersburg. Finanziert werden die Bundeskanzler-Stipendien aus Mitteln des Auswärtigen Amtes, administriert werden sie von der Alexander von Humboldt-Stiftung. Auch die Präsenz und Sichtbarkeit der deutschen Wissenschaft und der Hochschulen im Ausland wurde im Jahr 2014 durch eine Reihe neuer Einrichtungen gestärkt. Am 29. April 2014 eröffnete Bundespräsident Joachim Gauck mit seinem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül im Beisein von Bildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka die Türkisch-Deutsche Universität (TDU) in Istanbul. Am 1. September 2014 wurde der zweite Campus der „Deutsch-Mongolischen Hochschule für Rohstoffe und Technologie“ (GMIT) in Nalakaih eröffnet. Einen Tag später nahm das „Deutsch-russische Institut für innovative Technologien“ („German-Russian Institute of Advanced Technologies“, GRIAT) in Kasan

¹ Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in seiner Entschließung vom 15. Juni 1994 (Bundestagsdrucksache 12/7890) aufgefordert, jahrlieh einen Sachstandsbericht zur Auswartigen Kulturpolitik vorzulegen.

seinen Lehrbetrieb auf. Anfang Oktober öffnete in Seoul ein weiteres Zentrum für Deutschland- und Europastudien (ZeDES) des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der Chung-Ang-Universität (Südkorea) seine Pforten.

- Im *Nation Brands Index*, der im November 2014 veröffentlicht wurde, hat sich die Wahrnehmung Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr in den Kategorien Kultur (Platz 1) und Bevölkerung (Platz 3) deutlich verbessert. Deutschland belegt nach sechs Jahren wieder den ersten Platz in der Gesamtwertung. Ein sehr gutes Image wird Deutschland auch in den Bereichen Qualität der Produkte, Arbeitnehmerfähigkeit, Lebensqualität und Regierungsführung bescheinigt. Allerdings weist das Deutschlandbild im Ausland im internationalen Vergleich vor allem in Bezug auf Willkommenskultur, Immigration und Tourismus nach wie vor Defizite auf.
- Im Dezember 2013 hat Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier den sogenannten „Review-Prozess“ der deutschen Außenpolitik gestartet. In enger Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag haben sich daraus für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik insbesondere folgende aktuelle Aufgabenschwerpunkte ergeben:
 - Aufbau von und Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften (insb. „Ukraine Paket“, s. u.)
 - aktivere Rolle in Krisenzeiten und -regionen (z. B. in Syrien, s. u.)
- Im Juni 2014 bewilligte der Deutsche Bundestag fünf Millionen Euro Sondermittel zum Ausbau der Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften der Ukraine, der Republik Moldau, Georgiens und Belarus. Mit diesen Mitteln konnten 82 Projekte gefördert werden, mit denen der Pluralismus gestärkt, freiheitlich-demokratische Grundwerte vermittelt und jungen Menschen eine Perspektive gegeben werden, damit sie sich am Aufbau ihres Landes beteiligen.
- In den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrika konnte dank der im Rahmen der Transformationspartnerschaften für den demokratischen Wandel vom Deutschen Bundestag zur Verfügung gestellten Mittel der deutsche Beitrag zum Aufbau der Zivilgesellschaften weiter fortgesetzt und durch entsprechende Schwerpunktsetzung auch in schwieriger werdendem Umfeld intensiviert werden.
- In Syrien konnte neben der Vergabe von Stipendien an Studierende „Basis-Kulturarbeit“ in Flüchtlingslagern und ein Maßnahmenpaket für syrische Flüchtlinge im Bildungsbereich aufgelegt werden. Zudem wird mit dem im Berichtszeitraum angelaufenen Projekt „Syrian Heritage Archive Project“ erstmalig ein Register des syrischen Kulturerbes auf digitaler Basis erstellt, das u. a. die Zerstörungen von Kulturerbestätten dokumentiert, der Bekämpfung des illegalen Kunsthandels dient und eine Datensammlung für den Wiederaufbau bietet.

II. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik – Deutschlands Visitenkarte in der Welt

1. Ziele und Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bildet neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen die „dritte Säule“ der deutschen Außenpolitik. Sie ist eines ihrer nachhaltigsten und sichtbarsten Instrumente: Kultur- und Bildungsangebote erreichen die Menschen in den Partnerländern Deutschlands unmittelbar und legen so ein breites Fundament für stabile internationale Beziehungen. Zugleich schafft sie weltweit Vertrauen in Deutschland – unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gewinnen wichtige und verlässliche Partner. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verfolgt insbesondere folgende Ziele:

- ein stabiles Fundament für die internationalen Beziehungen durch die Koproduktion von Wissen und Kultur und den Dialog zwischen Menschen zu schaffen
- die deutsche Sprache in Europa und in der Welt zu fördern
- einen Beitrag zur weltweiten Krisen- und Konfliktprävention zu leisten
- die europäische Integration zu fördern
- die kulturelle Vielfalt auf der Welt zu erhalten
- Deutschland als modernen, attraktiven Standort für Bildung, Wissenschaft, Forschung und berufliche Entwicklung vorzustellen
- Deutschland als Land mit einer weltbekannten, kreativen und vielfältigen Kulturszene zu präsentieren
- ein wirklichkeitstreu und lebendiges Deutschlandbild zu vermitteln.

Exkurs: Willkommenskultur

Gegenseitiges Verstehen ist Voraussetzung für jede Verständigung. Willkommens- und Anerkennungskultur zu verbessern und besser zu vermitteln, ist ein wesentlicher Beitrag, um Deutschland als Einwanderungsland zu stärken.

Willkommenskultur beginnt im Ausland. Die deutschen Auslandsvertretungen sind oftmals die erste Kontaktstelle zu Deutschland. Das gilt nicht nur für die Visastellen, die das liberalisierte Einwanderungsrecht anwenden und zu deren Selbstverständnis es gehört, Willkommenskultur exemplarisch zu leben. Dieser Aufgabe nehmen sich die deutschen Botschaften verstärkt an.

In Abstimmung mit den anderen Ressorts wurden daher zunächst die Informationsangebote für die Auslandsvertretungen im Berichtszeitraum gebündelt. Ein starkes Signal von Willkommenskultur vermittelt das Willkommensportal www.make-it-in-germany.com. Das mehrsprachige Portal zeigt internationalen Fachkräften, warum es sich lohnt, in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Es bündelt bestehende Informationen sowie Jobangebote in Engpassberufen und bewirbt die rechtlichen Zuwanderungsmöglichkeiten wie die „Blaue Karte EU“. Das Willkommensportal „Make it in Germany“ wird federführend vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie betrieben. Das Portal ist Teil der gemeinsamen Fachkräfte-Offensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit.

Mit dem Anerkennungsgesetz des Bundes wurde die Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Abschlüsse erheblich erleichtert und damit die Möglichkeiten für ausländische Fachkräfte verbessert, in Deutschland in ihrem Beruf zu arbeiten. „Anerkennung in Deutschland“ (www.erkennung-in-deutschland.de) ist das mehrsprachige Portal der Bundesregierung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, das vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung herausgegeben wird. Seit Juli 2014 bewirbt das Anerkennungsportal im Rahmen einer internationalen Informationskampagne gezielt vor allem in Spanien, Italien, Polen, Rumänien und Türkei die Anerkennungsmöglichkeiten in Deutschland.

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier und das Auswärtige Amt haben beginnend mit der Botschafterkonferenz 2014 einen Schwerpunkt zum Thema „Willkommenskultur“ gesetzt. Der Eröffnungsabend der Botschafterkonferenz unter dem Motto „Außenpolitik Weiter Denken!“ wurde mit der Produktion „Heimatlieder aus Deutschland“ gestaltet, die die besondere Bedeutung und kulturelle Bereicherung Deutschlands durch Einwanderung musikalisch zeigt. Willkommenskultur ist auch ein zentrales Anliegen von Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer. Auf der unter dem Motto „Außenpolitik Weiter Denken“ stehenden Botschafterkonferenz Ende August 2014 diskutierte Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer Leiter/-innen wichtiger Auslandsvertretungen und relevanten Stakeholdern über die Bedeutung von Willkommenskultur für die deut-

sche Außenpolitik und die deutsche Wirtschaft. Schließlich haben das Auswärtige Amt und die Mittlerorganisationen (z. B. Goethe-Institut, DAAD, Deutsche Welle) beim Zwölften Workshop zum Deutschlandbild im Ausland im Dezember 2014 für „Willkommens- und Anerkennungskultur als Herausforderung für die Deutschlandkommunikation“ gemeinsame Schwerpunkte erarbeitet.

Des Weiteren bedienen sich die Auslandsvertretungen der digitalen, crossmedialen und audiovisuellen Kanäle sowie besonders der Dialogangebote (Besucher- und Vortragsprogramm) für die Kommunikation des Themas Willkommenskultur. Beispiele hierfür sind ein einheitliches Informationspaket „Arbeit, Ausbildung und Studium in Deutschland“, das in die Webseiten der Auslandsvertretungen eingebunden wurde, und die Durchführung mehrerer Besucherreisen zum Thema „Duale Berufsausbildung“. Auf der Webseite www.deutschland.de und im Magazin DE wurde darüber hinaus das Schwerpunktthema Studien- und Forschungsstandort Deutschland gezielt thematisiert.

Das verbesserungswürdige Image Deutschlands in Sachen Willkommenskultur basiert nicht nur auf einer unzureichenden Bewerbung des Standorts: Die Erfahrungen der Auslandsvertretungen bestätigen, dass bei der Umsetzung des liberalisierten Einwanderungsrechts und der Zusammenarbeit zwischen allen betroffenen deutschen Stellen und Institutionen noch weiterer Optimierungsbedarf besteht und die Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland gefördert werden muss. Bei öffentlichen Veranstaltungen (u. a. gemeinsam mit ifa und Goethe-Institut) haben Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, das Auswärtige Amt und die Mittlerorganisationen daher auch im Inland für verbesserte Willkommenskultur geworben und die außenpolitische Relevanz des Themas unterstrichen.

Das eigene Erleben und der Dialog mit deutschen und internationalen Gesprächspartnern, die die Teilnahme an Besucherreisen im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesrepublik Deutschland bietet, sind von zentraler Bedeutung für die authentische und differenzierte Darstellung der Bundesrepublik Deutschland als weltoffenes Land. Jährlich erhalten ca. 1.000 publizistisch und politisch wichtige Persönlichkeiten aus dem Ausland zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen die Möglichkeit eines Deutschlandbesuchs und damit der unmittelbaren Erfahrung der deutschen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

2. Instrumente der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik

Akademischer Austausch und Hochschulzusammenarbeit, Auslandsschulwesen, kulturelle Programmarbeit, Förderung von Deutsch als Fremdsprache und interkultureller Dialog bilden den Kern der Aktivitäten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

3. Partner/Akteure in einem veränderten Umfeld

Die Strukturen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik spiegeln gesellschaftliche Vielfalt und Unabhängigkeit der Akteure wider. Die Bundesregierung schafft durch strategische Leitlinien die Rahmenbedingungen für die Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland und beauftragt Mittlerorganisationen mit der Umsetzung. Die Kulturmittler sind dabei in der Programm- und Projektgestaltung weitgehend frei. Die wichtigsten Partner der Bundesregierung sind: das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, der Pädagogische Austauschdienst, die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB), die Deutsche UNESCO-Kommission, das Deutsche Archäologische Institut, das Bundesinstitut für Berufsbildung und das Haus der Kulturen der Welt. Auch die politischen Stiftungen, die Kulturstiftung des Bundes, die Max Weber Stiftung, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie private bzw. unternehmensnahe Stiftungen und zivilgesellschaftliche Organisationen sind Partner des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Die Begabtenförderung der politischen Stiftungen für ausländische Stipendiaten unterstützt das Auswärtige Amt, indem es Mittel für Stipendien und damit zusammenhängende Maßnahmen zur Verfügung stellt. Das Netzwerk der Alumni der politischen Stiftungen umfasst wichtige Ansprechpartner und Multiplikatoren, die Deutschland auch nach Rückkehr in ihre Heimatländer verbunden bleiben. Die Kultur- und Bildungsarbeit wird in den Gastländern durch die deutschen Auslandsvertretungen koordiniert, um die Kohärenz der verschiedenen Tätigkeiten zu stärken. Dieser Koordinierungskompetenz der Auslandsvertretungen kommt im Zuge einer zunehmenden Anzahl und Diversifizierung der Träger von Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland eine immer größere Bedeutung zu.

4. Kommunikation

Deutsche Außenpolitik findet weltweit in einem instabilen und zunehmend von Krisen gezeichneten Kontext statt. Der globale Wettbewerb um Aufmerksamkeit wird härter und gerade von Systemen, die zu unseren Wertvorstellungen in Konkurrenz stehen, mit enormem Mitteleinsatz betrieben. In den letzten Jahren hat – nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung – auch die Rolle nichtstaatlicher Akteure deutlich zugenommen. Es reicht nicht aus, allein auf die Strahlkraft unserer Wertvorstellungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten und auf Kontakte mit staatlichen Stellen zu setzen. Unsere Standpunkte und Interessen müssen professionell, zielgruppengerecht und auf unterschiedliche regionale Herausforderungen zugeschnitten kommuniziert werden. Dabei gilt es, alle in der heutigen Medien- und Kommunikationswelt verfügbaren Kanäle zu nutzen, das bereits vorhandene Instrumentarium stetig zu überprüfen und anzupassen und, wo erforderlich, fortzuentwickeln.

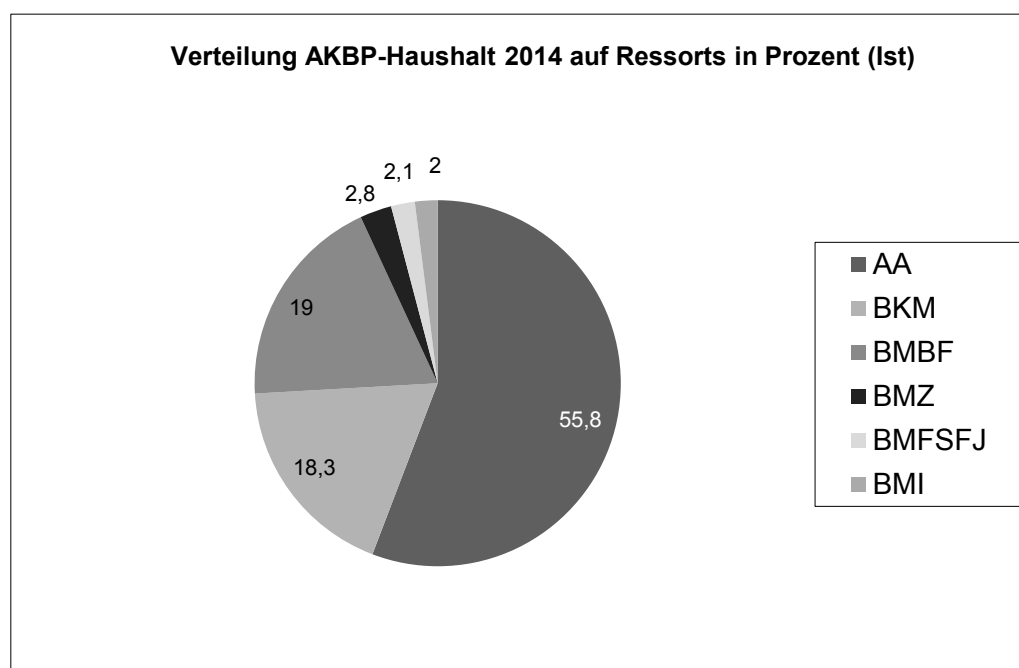
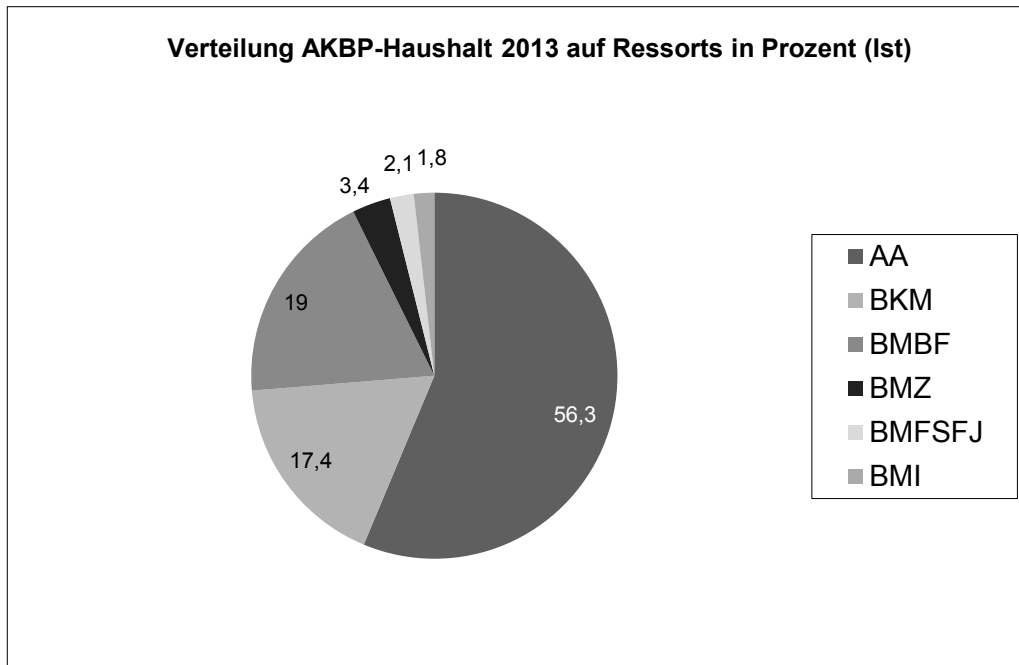
Die deutschen Auslandsvertretungen haben eine zentrale Rolle in der Vermittlung der vom Auswärtigen Amt unter Beteiligung aller Ressorts erarbeiteten Kernbotschaften der Deutschlandkommunikation. Als weltumspannendes Netzwerk sind sie hierfür besonders wichtig. Sie kennen die Rahmenbedingungen für die Kommunikation im Gastland, wissen, welche unserer Themen und Standpunkte wann und wie vor Ort in die jeweilige nationale Debatte eingebracht werden können und wirken so darauf hin, dass die Zielgruppen auch tatsächlich erreicht werden.

Die Auslandsvertretungen nutzten das gestiegene und nicht zuletzt durch den Sieg der deutschen Nationalelf bei der FIFA-Fußballweltmeisterschaft in Brasilien überwiegend von Sympathie geprägte Interesse an Deutschland auch für intensive Öffentlichkeitsarbeit im Kontext der Feierlichkeiten zum Mauerfall vor 25 Jahren. Die häufig zusammen mit den Mittlerorganisationen organisierten Public Viewing-, Film- und Dialogveranstaltungen erhielten viel positives Presseecho. Dies wurde auch durch eine Reihe von Verbesserungen, insbesondere in der digitalen Kommunikation, befördert wie zum Beispiel durch den Ausbau der Twitter-Aktivitäten der Botschaften, der neuen App „Auswärtiges Amt – deutsche Auslandsvertretungen“ und des neuen Handbuchs „Soziale Medien“ für die Auslandsvertretungen.

Die Vermittlung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist zudem wichtiger Bestandteil der Inlandskommunikation. So fanden im Rahmen des von Außenminister Steinmeier initiierten Review-Prozesses „Außenpolitik Weiter Denken“ mehrere öffentliche Veranstaltungen zu Themen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik statt.

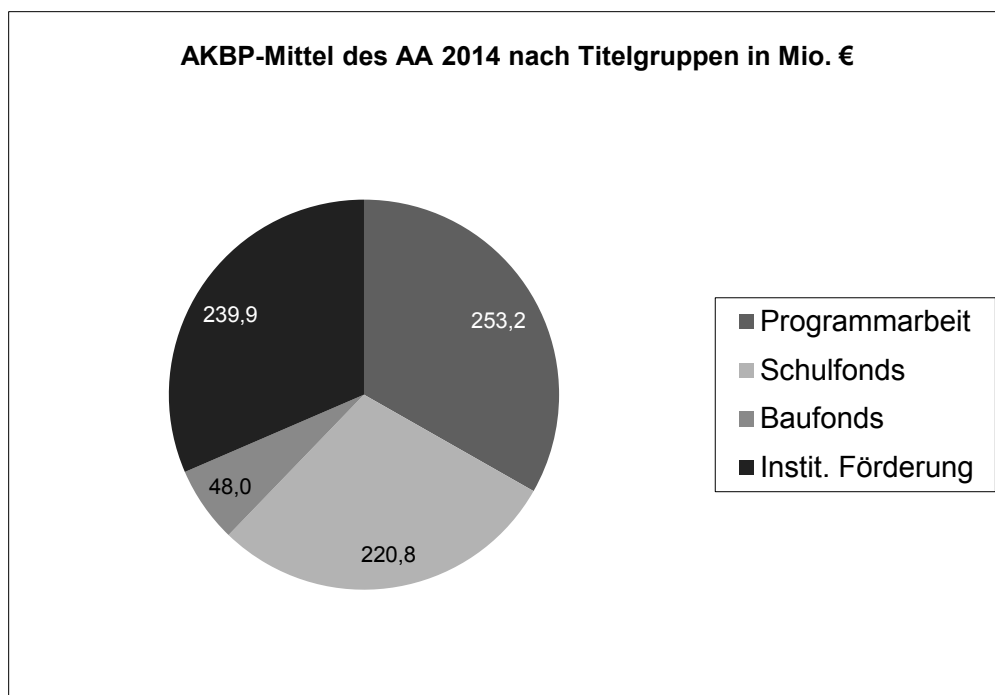
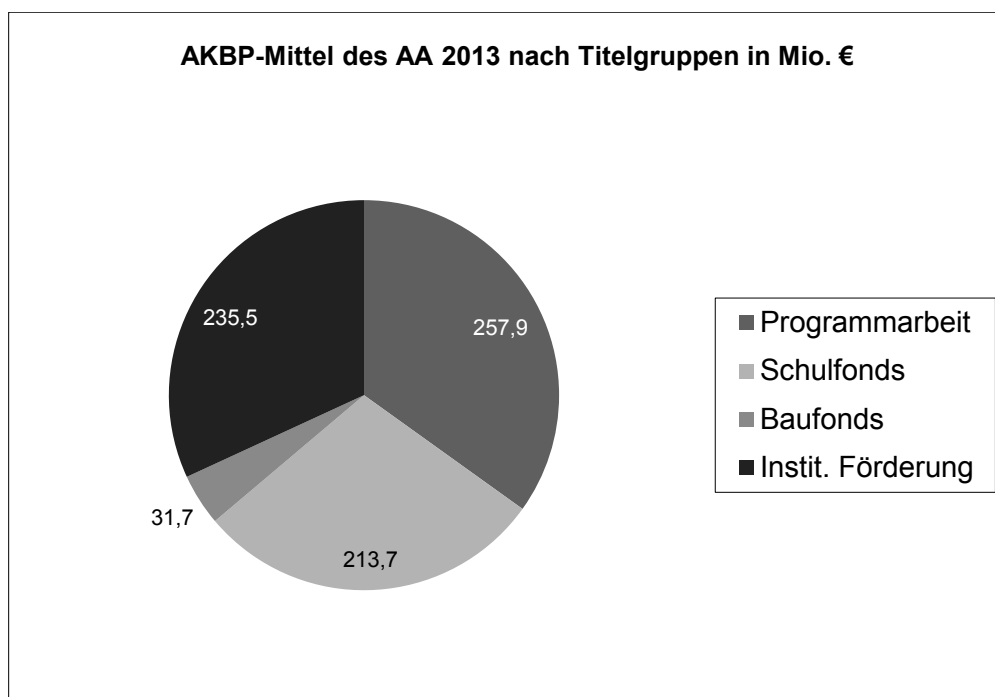
5. Ressourcen

Die Ausgaben für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung beliefen sich 2013 auf insgesamt 1,571 Mrd. Euro, 2014 auf insgesamt 1,591 Mrd. Euro. 738,8 Mio. Euro (2013) bzw. 761,9 Mio. Euro (2014) davon entfielen auf den AKBP-Haushalt des Auswärtigen Amts (Kapitel 0504). Die weiteren Mittel verteilen sich auf die Haushalte der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesministeriums des Innern (BMI).²



² vgl. Tabelle 19 des Finanzberichts 2014 des Bundesministeriums der Finanzen.

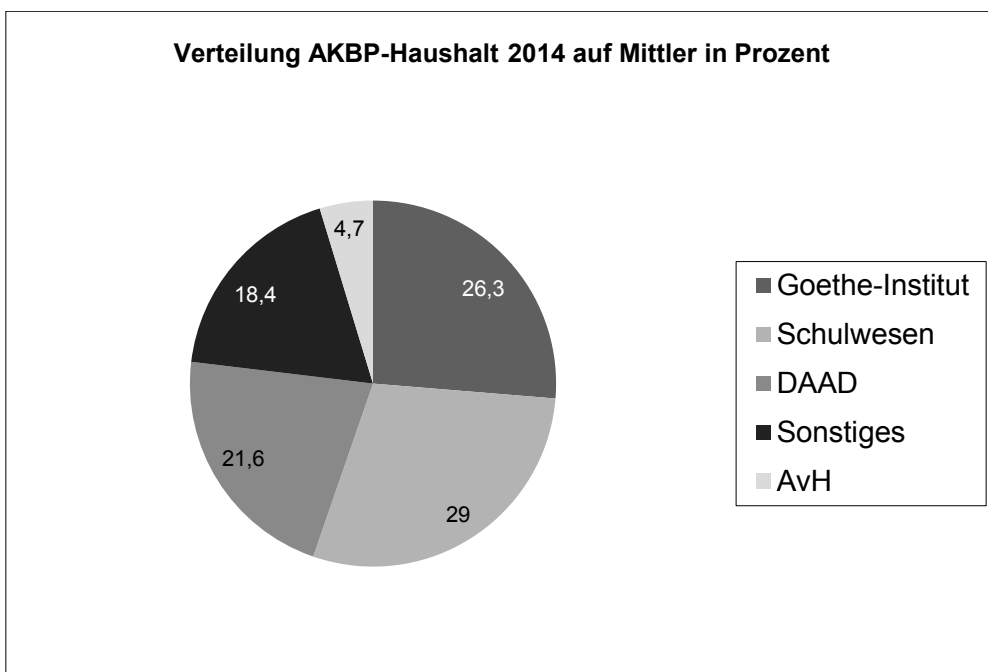
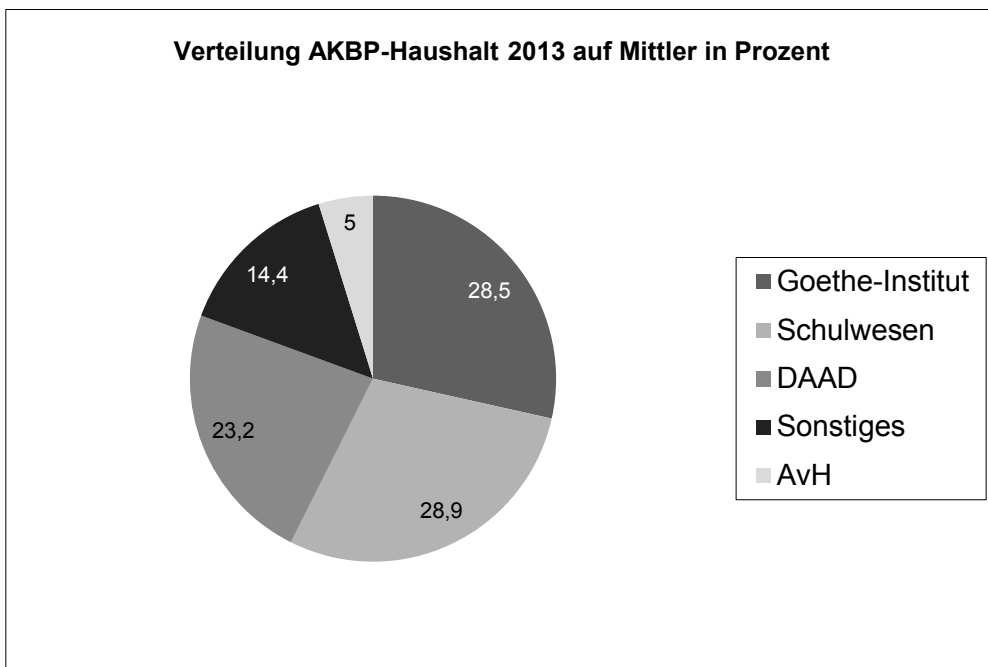
Das folgende Diagramm gibt die Verteilung der aus dem Kapitel des Auswärtigen Amtes (0504) abgeflossenen Mittel (738,8 Mio. Euro) wieder:



2013 erhielten die acht, vom Auswärtigen Amt institutionell geförderten Mittlerorganisationen insgesamt 235,5 Mio. Euro (31,9 %) aus Kapitel 0504 für Personalkosten, Ausstattung, operative Mittel und Investitionen; 2014 waren es 239,7 Mio. Euro (31,5%). Auf das Goethe-Institut entfielen hiervon 193,4 Mio. Euro in 2013 bzw. 198,1 Mio. Euro in 2014. Die Programmarbeit finanzierte das Auswärtige Amt mit 257,9 Mio. Euro (34,9 %) in 2013 und 253,3 Mio. Euro (33,2%) in 2014. Neben Kulturprojekten werden hieraus auch Stipendien- und Austauschprogramme des Bereichs Wissenschaft und Hochschulen (197 Mio.

Euro in 2013 bzw. 189,7 Mio. Euro in 2014) finanziert. Die Ausgaben im Zusammenhang mit den verschiedenen Schultypen des Auslandsschulwesens und für die Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit im schulischen Bereich (Schulfonds) beliefen sich 2013 auf 213,7 Mio. Euro (28,9 %) und 2014 auf 220,8 Mio. Euro (29%). Zuwendungen für Bauprojekte sind darin nicht enthalten.

Insgesamt hat sich das Budget der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2013 und 2014 wie folgt auf die großen Mittler verteilt (Baumaßnahmen sind im Bereich „Sonstiges“ berücksichtigt):



Das Deutsche Archäologische Institut – als Bundesanstalt dem Auswärtigen Amt zugeordnet – hat für Personal- und Sachkosten sowie Forschungen auf dem Gebiet der Archäologie und ihrer Nachbarwissenschaften im Jahr 2013 insgesamt 27,8 Mio. Euro und im Jahr 2014 insgesamt 29,4 Mio. Euro aus Mitteln des Auswärtigen Amts erhalten.

Das kulturelle Engagement des Auswärtigen Amtes im multilateralen Bereich – 2013 und 2014 jeweils in Höhe von 20 Mio. Euro – beinhaltet insbesondere Pflichtbeiträge zu verschiedenen VN-Organisationen, namentlich die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), das International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property (ICCROM) und den Welterbefonds der UNESCO. Auch die Förderung des Sekretariats der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken und die Unterstützung für das Europa-Kolleg (in Brügge und Natolin) gehören in diese Kategorie.

Für das Jahr 2015 ist der Bundeshaushalt im Ansatz mit 1,622 Mrd. Euro für die AKBP insgesamt in etwa gleich geblieben. Das Auswärtige Amt hat seinen Beitrag dank der Unterstützung des Deutschen Bundestags auf 817,24 Mio. Euro steigern können. Auch das belegt die gesteigerte Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für das Auswärtige Amt.

III. Schwerpunkte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum gab es zum einen die bewährten Aktivitäten in den Bereichen „Kultur und Sport“, „Bildung“, „Kooperation und Dialog“ sowie „Kommunikation/Deutschlandbild im Ausland“, auf denen die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik fußt und mit der sie im In- und Ausland verbunden wird. Zum anderen gab es im Berichtszeitraum aber aus aktuellen Anlässen auch einige herausgehobene Sonderprojekte wie das „Gedenkjahr 2014“, das „Deutschlandjahr in Brasilien“ sowie ein besonders stark ausgeprägtes regionales Engagement in der Ukraine und im Nahen Osten.

1. Schwerpunkte in den Bereichen „Kultur und Sport“

a) Internationale Sportförderung

Nicht nur, aber auch weil die deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Herren die FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien gewonnen hat, spielte das Thema Sport im Berichtszeitraum eine herausgehobene Rolle. Die Internationale Sportförderung des Auswärtigen Amtes ist fester Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie trägt zur Völkerverständigung bei, weckt Sympathien für Deutschland, hilft Vorurteile abzubauen, Minderheiten zu integrieren und Werte zu vermitteln. Die „Sprache“ des Sports wird weltweit verstanden und gesprochen.

Besonderen Wert legte das Auswärtige Amt bei den von ihm geförderten Sportprojekten im Berichtszeitraum auf Nachhaltigkeit, eigenverantwortliche Umsetzung und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Den Bedürfnissen, Strukturen und Kapazitäten der jeweiligen Partnerseite wurde dabei Rechnung getragen. Die in Langzeitprojekten (Dauer zwei bis vier Jahre) befindlichen entsandten Sportexperten in Burundi (Fußball), Guatemala (Leichtathletik), Honduras (Fußball), Namibia (Fußball), Sambia (Leichtathletik) und Philippinen (Fußball) wirkten besonders eng mit in den jeweiligen Verbandsstrukturen der Partnerseite.

Im Berichtszeitraum wurden erneut auch Sportexperten für ca. 40 bis 50 Kurzzeitprojekte (Dauer bis zu sechs Wochen) nach Afrika, Asien, Südamerika und Osteuropa entsandt, um Sportverbände zu beraten und Sportakteure der Sportarten Basketball, Boxen, Fußball, Handball, Hockey, Judo, Leichtathletik, Ringen, Rollstuhlbasketball, Taekwondo, Tischtennis, Turnen, Volleyball weiterzubilden sowie sportartübergreifende Themen und moderne Trainingsmethoden zu vermitteln.

Zudem hat das Auswärtige Amt die seit Jahrzehnten etablierte Kooperation mit dem Deutschen Fußballbund, dem Deutschen Leichtathletikverband und den sportwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Leipzig und Mainz sowie mit der DFB-Schule Hennef fortgesetzt und erneut Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den internationalen, zertifizierten Trainerlehrgängen nach Deutschland eingeladen. Die Absolventinnen und Absolventen dieser Kurse sind qualifizierte Sportakteure und wichtige Multiplikatoren der Internationalen Sportförderung.

„Der Aufenthalt in Deutschland war der Schlüssel zu meinem jetzigen Berufsleben“, fasst der Teilnehmer des 36. Studienkurses des DLV, Franklyn Leyba, aus der Dominikanischen Republik zusammen. Für Narin HajTass, ehemalige Profi-Handballerin und nun Trainerin und Sportfunktionärin aus Jordanien war die Teilnahme an einem Internationalen Trainerkurs (ITK) in Leipzig „der Beginn meiner zweiten Karriere. ITK empowered my soul!“

Insbesondere durch intensive Alumniarbeit konnten Netzwerke aufgebaut und eine langfristige Verbundenheit zur Trainerschule und zu Deutschland vermittelt werden. Diesem Zweck diente u. a. ein vom Auswärtigen Amt im Jahr 2013 gefördertes Alumni-Camp der Sportwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig in Salvador, Bahia (Brasilien) mit ehemaligen brasilianischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Internationalen Trainerkurse.

Projekte für Frauen und Mädchen sind ein besonderes Anliegen der Internationalen Sportförderung des Auswärtigen Amtes. Sie fördern Chancengleichheit, Selbstvertrauen und gesellschaftliche Akzeptanz mit Hilfe des Sports. Im Dezember 2013 lud der Verein „Fußball und Begegnung e. V.“ mit Förderung des Auswärtigen Amtes sowie des Bundesministeriums des Innern daher Fußballakteurinnen zu einer internationalen Frauenfußball-Konferenz nach Deutschland ein. Unter der Überschrift „Discover Football – Female Perspectives“ begegneten sich Frauenfußball-Aktivistinnen aus Iran, Afghanistan, Bulgarien, Georgien, Kirgisistan, Mazedonien, Russland, Türkei und der Ukraine, um sich über Vernetzung und Ausbau von Frauenfußballstrukturen auszutauschen. In Zusammenarbeit mit dem gleichen Verein förderten das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern im Umfeld der FIFA-Fußballweltmeisterschaft der Herren in Brasilien 2014 eine internationale Frauenfußball-Kampagne mit Diskussionsforen, Mädchen-Fußballturnier, Ausstellung und ande-

ren frauenfußballbezogenen Aktivitäten. Schließlich gewährte das Bundesministerium des Innern dem Verein Fußball und Begegnung e. V. anlässlich des 5-jährigen Bestehens der Initiative „Discover Football“ eine Förderung für die Durchführung eines internationalen Treffens im Dezember 2014, in dessen Rahmen u. a. die bisherigen Aktivitäten bzw. deren Auswirkungen evaluiert wurden.

Sport stellt für auch für Menschen mit Behinderungen häufig eine der wenigen Möglichkeiten dar, aus der in vielen Ländern vorhandenen gesellschaftlichen Marginalisierung zu entkommen. Die Förderung und Durchführung von Behindertensportprojekten stehen im besonderen Fokus der Internationalen Sportförderung des Auswärtigen Amtes. Den Projekten stehen aber auch Herausforderungen entgegen, da häufig nur schwache Strukturen auf Partnerseite vorhanden und entsprechende technische Sportgeräte nur aufwändig zu beschaffen sind. In Zusammenarbeit mit dem „Deutschen Rollstuhl-Sportverband“ ist es 2013 gelungen, den Aufbau eines nationalen Rollstuhlbasketball-Programms in Uganda weiter voranzutreiben sowie ein Rollstuhlbasketball-Projekt in Ghana zu fördern.

Aktuelle politische Entwicklungen fanden in der Internationalen Sportförderung des Auswärtigen Amtes im Berichtszeitraum ebenfalls Berücksichtigung: 2014 wurde zusammen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund eine Leichtathletik-Expertin nach Myanmar entsandt, um dort Verbände zu beraten und Trainer fortzubilden. Schnelle Unterstützung leistete das Auswärtige Amt zudem für die Teilnahme der Ringerauswahlmannschaft der Ukraine an einem Trainingslager in Frankfurt/Oder sowie für die Entsendung der ukrainischen Nationalmannschaft zu den diesjährigen Junioren-Ruderweltmeisterschaften in Hamburg.

Und – last but not least – ehrte das Auswärtige Amt als Partner der Initiative „Deutscher Fußball-Botschafter“ deutsche Spieler und Trainer, die sich in besonderer Weise für den guten Ruf Deutschlands im Ausland mittels Fußballs eingesetzt hatten. Im Rahmen der 2014 von Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier vorgenommenen Preisverleihung wurde die Frauenfußball-Trainerin und Sportexpertin Monika Staab für ihr internationales Engagement für den Frauenfußball gewürdigt.

„Deutsche Fußballtrainerinnen und -trainer sind seit Jahrzehnten weltweit als gefragte und geschätzte Experten in der Welt unterwegs. Seit den 60er Jahren arbeiten sie auch mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes für die Entwicklung des Fußballsports in aller Welt. Sie haben auch im Rahmen der Internationalen Sportförderung des Auswärtigen Amtes wichtige Aufbauarbeit geleistet. Dabei geht es immer auch um mehr als Fußball. Das bewahrheitet sich in Afghanistan genauso wie in Afrika und im Nahen Osten. Der Sport hilft, Spannungen und Vorurteile abzubauen, Minderheiten zu integrieren und Vertrauen aufzubauen. Er kann erste Brücken bauen, wo politische, ethnische oder religiöse Gegensätze tiefe Gräben gerissen haben. Mit einem Wort: Er leistet ein wichtiges Stück Diplomatie.“

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Preisübergabe „Deutscher Fußball-Botschafter 2014“

Darüber hinaus fördert auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im entwicklungspolitischen Bereich seit fast 30 Jahren Sportprojekte, legt zunehmend einen Schwerpunkt auf die systematische Integration von Sport in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen relevanter Entwicklungsziele wie zum Beispiel den Millenniumentwicklungszielen. Das BMZ möchte mit seinen Angeboten vor allem Kinder und Jugendliche erreichen. Mädchen und Frauen gilt die besondere Aufmerksamkeit, da sie oft stärker benachteiligt werden. Auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung im und durch den Sport steht im Fokus. Bundesminister Dr. Gerd Müller hat zu Beginn der Legislaturperiode die Initiative „Mehr Platz für Sport – 1.000 Chancen für Afrika“ ins Leben gerufen. Die Initiative soll in Allianz mit Partnern aus Sport, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nicht nur Sportplätze an Schulen oder in Armutsgebieten schaffen bzw. rehabilitieren, sondern darüber hinaus auch nachhaltige Konzepte für die Nutzung der Infrastruktur entwickeln und der entwicklungspolitischen Bedeutung von Sport damit mehr Raum verschaffen.

Das Bundesministerium des Innern fördert zur Stärkung des Ansehens der Sportnation Deutschland ebenfalls internationale Sportprojekte. Den Höhepunkt der diesbezüglichen Aktivitäten im Berichtszeitraum bildete die Ausrichtung der 5. UNESCO-Weltsportministerkonferenz (MINEPS V) im Mai 2013 in Berlin, an der u. a. Regierungsvertreter aus mehr als 120 Staaten sowie Vertreter diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen teilnahmen und sich mit aktuellen sportpolitischen Themen (z. B. Zugang zum Sport als grundlegendes Recht für alle; Nachhaltigkeit von Sportgroßveranstaltungen; Wahrung der Integrität des Sports) befassten. Mit der „Berliner Erklärung“ ist es gelungen, im Rahmen der Konferenz ein wichtiges und zukunftsweisendes Dokument zu verabschieden, das sportpolitische Maßstäbe setzt.

b) Deutschlandjahre

Einen Bezug zum Sport gab es auch beim Deutschlandjahr in Brasilien. Der Abschluss des Deutschlandjahres reichte unmittelbar an die FIFA-Fußballweltmeisterschaft in Brasilien heran. (siehe Exkurs: „Deutschlandjahr in Brasilien 2013/2014“). Die Bilanz des erfolgreichen Abschlusses der Deutschlandjahre in vier von fünf „BRICS“-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) von 2007 bis 2014 ergab, dass die Ausrichtung von Deutschlandjahren in ausgewählten Partnerländern ein wirksames Instrument der deutschen Außenpolitik darstellt. In Zukunft wird die Auswahl der Partnerländer weiterhin im Lichte der mittel- und langfristigen Schwerpunktsetzungen Deutschlands in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Bildung getroffen werden. Für 2016/2017 ist daher ein Deutschlandjahr in Mexiko geplant. In anderen Ländern Südostasiens wie Indonesien, Singapur und Vietnam werden 2015 kleinere Formate wie Deutschlandwochen oder Deutsche Saisons durchgeführt. Mit Israel feiert die Bundesrepublik Deutschland 2015 das Jubiläumsjahr der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen vor 50 Jahren.

Exkurs: Deutschlandjahr in Brasilien 2013/2014

„*Quero que todo ano seja ano da Alemanha no Brasil! Obrigada!!*“

Der Wunsch einer „Facebook-followerin“, „Deutschland+Brasilien 2013-2014“ jedes Jahr zu wiederholen, steht exemplarisch für die Wirkung, die der Veranstaltungsmarathon des Deutschlandjahres in Brasilien dort gefunden hat. Das Medienecho war mit monatlich vielen hundert Nennungen in TV und Radio, Presse sowie online sehr groß. Das Deutschlandjahr fand in der alljährlichen, unabhängigen BBC-Studie zur Beliebtheit von Ländern weltweit Niederschlag. Sie zeigte im Juni 2014 im Vergleich zum Vorjahr eine signifikante Verbesserung des Deutschlandbildes in Brasilien: Zwei Drittel der Brasilianer hatten zu diesem Zeitpunkt laut der Studie ein positives Deutschlandbild, das entspricht einem Plus von 13 Prozentpunkten.

Das Deutschlandjahr, das im Mai 2013 von Bundespräsident Joachim Gauck und der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff eröffnet worden war, fand ein Jahr später mit gemeinsamen Auftritten des Hamburger Bundesjugendballetts und des dafür gegründeten deutsch-brasilianischen Young Euro Classic Ensembles in Salvador, Rio de Janeiro und Belo Horizonte seinen feierlichen Abschluss. Unter dem Motto „Deutschland 360 Grad“ gab es mehr als 1.100 Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Sport, Gesellschaft, Politik und nachhaltige Entwicklung. Deutschland zeigte sich in seiner breiten Vielfalt in rund 100 brasilianischen Städten und erreichte dabei sieben Millionen Menschen direkt und Millionen weitere über die diversen Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit.

Herausragende Publikumsmagneten waren neben den Ko-Produktionen im Bereich Musik und Ballett die Ausstellung zu moderner Kunst aus Deutschland von Tino Sehgal, dem Gewinner der Biennale von Venedig von 2013, die Werkbund- und Bauhaus-Ausstellungen, das Kulturzentrum auf Rädern „KulturTour“ und die Theateraufführungen besonders des Berliner Ensembles mit der beeindruckenden Hamlet-Inszenierung: Die Zuschauer standen sprichwörtlich auf ihren Sitzen. Brasilien als Gastland der Frankfurter Buchmesse und Deutschland als Ehrengast der Buchmesse in Rio de Janeiro waren Höhepunkte, die in den kommenden Jahren in Form von Übersetzungs- und Austauschprogrammen weiter wirken werden.

Die zahlreichen Veranstaltungen im Bereich Wissenschaft erstreckten sich über fast alle Fachrichtungen und nahmen die verschiedensten Formate an, wie Workshops, Ausstellungen oder Seminare. Neben der Auftaktveranstaltung zum Wissenschaftsprogramm in Rio de Janeiro, mit dem zugleich das vierzigjährige Bestehen der DAAD-Außenstelle gefeiert wurde, beeindruckte insbesondere der deutsche Auftritt beim Jahreskongress der brasilianischen Gesellschaft für den Fortschritt der Wissenschaften. Herausragend war auch der neue „Science Tunnel 3.0“ der Max-Planck-Gesellschaft, der in São Paulo wahre Besucherscharen mobilisierte. Die Wanderausstellung lud zu einer Reise durch die großen Themen der Grundlagenforschung ein, von den Ursprüngen des Kosmos, den Eigenarten des Gehirns bis zur Vision einer nachhaltigen Energieversorgung.

„Deutschland+Brasilien 2013-2014“ war eine Initiative des Auswärtigen Amts. Projektpartner waren das „Brazil Board“ des Bundesverbands der Deutschen Industrie, das Goethe-Institut, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

c) Kulturelle Programmarbeit

Die kulturelle Programmarbeit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wird von den Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amtes und hier insbesondere den Goethe-Instituten getragen. Grundlage hierfür ist die mit dem Auswärtigen Amt abgeschlossene Zielvereinbarung, die bis 2018 gilt³. Durch eigene Projektmittel in deutlich geringerem Umfang kann das Auswärtige Amt insbesondere auf aktuelle Entwicklungen reagieren und auch dort kulturelle Arbeit ermöglichen, wo kein Goethe-Institut oder eine andere Mittlerstruktur besteht. Diese Zusammenarbeit hat sich auch im Berichtszeitraum bewährt.

Die kulturelle Programmarbeit war erneut so facettenreich wie das künstlerische Schaffen in Deutschland und die kulturellen Themen weltweit. Sie förderte u. a. Projekte bildender Künstler, konzipierte und präsentierte Tourneeausstellungen zeitgenössischer Maler, Graphiker oder Fotografen ebenso wie Ausstellungen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen.

Die kulturelle Programmarbeit setzte den Anspruch einer Kulturpolitik der „Sechs Augen“ um. Sie stellte gemeinsame Erfahrungen und die Einbeziehung der Perspektiven des anderen in den Vordergrund und förderte die Vernetzung der Akteure aus Deutschland und den Gastländern untereinander. Darüber hinaus ermöglichte die kulturelle Programmarbeit das gemeinsame Erarbeiten von künstlerischen Positionen. Dieser Wandel von der „kulturellen Repräsentation“, der reinen „Darstellung“ unseres Landes, zu mehr „kultureller Koproduktion“ wurde auch im Rahmen des „Review-Prozesses“ immer wieder betont. Ganz besonders deutlich zeigt sich die Bedeutung kultureller Koproduktion in den digitalen Medien. In Zusammenarbeit zwischen einem deutschen Dramaturgen und koreanischen Spieleentwicklern entstand am Goethe-Institut Seoul das Projekt „Being Faust – Enter Mephisto“, bei dem sich die Mitspielerinnen und Mitspieler mit ihrem Smartphone in der Rolle des jungen Faust in dessen „digitale Studierstube“ in Form einer Datenbank einloggen, dort ein verführerisches Angebot von Werten und Idealen zu wechselndem „Marktpreis“ vorfinden und sich auf diese Weise unmittelbar mit den Sinn- und Erkenntnisfragen des bekanntesten deutschen Bühnenwerks auseinandersetzen.

Das „Ten Cities“ Projekt des Goethe Instituts brachte über einen Zeitraum von 18 Monaten hinweg Musikproduzenten, DJs und Musiker aus zehn afrikanischen und europäischen Großstädten zusammen, um gemeinsam Musik zu produzieren, sich über die Clubszenen auszutauschen und aus dieser Perspektive das Thema Wiedergewinnung des öffentlichen Raums zu beleuchten. Die als Rückschau auf 60 Jahre künstlerischer Selbstdarstellung beider deutscher Staaten im Ausland kuratierte ifa-Ausstellung „Weltreise“ warf einen neuen Blick auf vermeintliche systembedingte Trennlinien des künstlerischen Ausdrucks, der sich an den Ausstellungsorten Moskau oder Krasnojarsk ebenso großen Interesses sicher sein konnte wie in Busan auf der geteilten koreanischen Halbinsel.

Besonders wichtig für die Positionsbestimmung deutscher Gegenwartskunst waren die großen internationalen Kunstbiennalen wie die am 24. November 2013 zu Ende gegangene 55. Kunstbiennale in Venedig. Aus Anlass des 50. Jubiläums des Elysée-Vertrags im Jahr 2013 hatten Deutschland und Frankreich ihre Pavillons getauscht. Der vom Auswärtigen Amt geförderte und vom Institut für Auslandsbeziehungen organisierte deutsche Beitrag wurde im französischen, der französische Beitrag im deutschen Pavillon gezeigt.

Exkurs: Literatur- und Filmförderung

Die Literaturförderung spielt im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine besondere Rolle: Durch sie tragen wir nicht nur zur Verbreitung und Stärkung der deutschen Sprache bei, sondern wir ermöglichen vor allem den Zugang zu den Geschichten, die unser Land und unsere Gesellschaft prägen. Ebenso wichtig ist es auch, den Zugang zu den Geschichten, den „Träume und Traumata“ (Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier) unserer Partner zu gewinnen und für funktionierende Kulturmärkte zu sorgen. Daher widmet sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik über Übersetzerpreise, Gastlandauftritte und Messebeteiligungen hinaus verstärkt dem Aufbau nachhaltiger partnerschaftlicher Strukturen. Ein sehr erfolgreiches Projekt in diesem Rahmen ist das von Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein initiierte Übersetzungsnetzwerk „Traduki“ für Südosteuropa, dem im Jahre 2014 die Republik Albanien und die Republik Serbien, beitraten. „Traduki“ (Geschäftsstelle in Deutschland: S. Fischer Stiftung) illustriert sehr anschaulich, wie durch gezielte Förderung partnerschaftlicher und kooperativer Ansätze im Literaturbereich nachhaltige Zusammenarbeit und ein engeres Miteinander

³ Im Berichtszeitraum war die von 2011 bis 2014 geltende Zielvereinbarung maßgeblich. Die nunmehr gültige Zielvereinbarung betrifft den Zeitraum 2015 bis 2018.

generiert werden können. Auch die Kooperation des Deutschen PEN-Zentrums mit afrikanischen Partnerzentren wird in diesem Sinne gefördert.

Im Filmbereich liegt der Schwerpunkt der Förderung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vor allem auf Veranstaltungen im Rahmen der Berlinale, deren Talente-Campus („Berlinale Talents“) in Berlin sowie des Talente-Campus in Durban/Südafrika und seit 2014 auf dem World Cinema Fund. Der World Cinema Fund verdeutlicht dabei den neuen Schwerpunkt der gemeinsamen kulturellen Koproduktionen: Er hat sich die Zusammenarbeit von deutschen Filmemachern mit Filmemachern aus struktur- bzw. finanzschwachen Regionen zum Ziel gesetzt und unterstützt Gemeinschaftswerke, die den Beteiligten neue Perspektiven auf ihr filmisches Schaffen ermöglichen. Die institutionelle Förderung der Internationalen Filmfestspiele Berlin – Berlinale – erfolgt maßgeblich durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Auswärtiges Amt fördern weitere national bedeutsame Festivals mit internationaler Ausstrahlung, wie z. B. das Dokumentarfilmfestival Leipzig, die Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen oder das Filmfestival Cottbus. Daneben fördert das Auswärtige Amt kleinere Festivals, die einen starken internationalen Bezug aufweisen wie das Filmfestival „goEast“, „Zebra“ oder „Around the World in 14 Films“.

In dem Bewusstsein, dass Gemeinschaftsproduktionen im Bereich Film einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Kultur- und Wirtschaftsaustauschs zwischen Ländern sowie zur Förderung des Filmstandorts Deutschland leisten können, erarbeitet und verhandelt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt Koproduktionsabkommen mit ausländischen Partnern. Derzeit wird der Abschluss eines entsprechenden Abkommens der Bundesregierung mit China vorbereitet.

Exkurs: Gedenkjahr 2014

Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs rückte die historische Erinnerung 2014 in vielen Staaten ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Tage des Kriegsbeginns im Westen am 3./4. August 2014 vor einhundert Jahren sowie fünf Wochen davor das Gedenken an das Attentat von Sarajewo waren Anlass für Veranstaltungen u. a. des Bundespräsidenten und seinen Amtskollegen aus Frankreich, Belgien und Großbritannien. Höhepunkt war die internationale Gedenkzeremonie mit mehr als drei Dutzend Staats- und Regierungschefs am 4. August 2014 in Lüttich (Belgien).

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eröffnete am 28. Mai 2014 die zentrale Thementausstellung „1914-1918. Der Erste Weltkrieg“ im Deutschen Historischen Museum Berlin. Bei dieser Gelegenheit diskutierte sie auf einem Podium mit jungen Erwachsenen über das Thema „Was haben wir gelernt?“⁴

Zuvor eröffnete die Bundeskanzlerin am 7. Mai den von der Bundeszentrale für politische Bildung veranstalteten „History Campus“ im Berliner Maxim-Gorki-Theater mit vor allem jugendlichen Gästen aus über 40 Ländern.⁵ Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier diskutierte zum Abschluss mit den mehr als 400 Teilnehmern und Teilnehmerinnen.

Im historisch mehrfach konnotierten Gedenkjahr 2014/2015 (u. a. 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs) nahm die Bundeskanzlerin auch an der Gedenkzeremonie der EU-Staats- und Regierungschefs am Menentor in Ypern teil (26. Juni) und an den Feierlichkeiten zur 70. Wiederkehr des Beginns der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day“ am 6. Juni).

Diesen und weiteren Gedenkanlässen hat die Bundesregierung eigene Internet-Portale gewidmet, die weiter fortlaufend aktualisiert werden: „Erinnern und Gedenken“⁶ sowie „Deutsche Einheit“.⁷

Das Auswärtige Amt stellte im Gedenkjahr die Thematik des Versagens der Diplomatie 1914 und der Folgen daraus für die Gegenwart ins Zentrum seiner Arbeit. Die Veranstaltungsreihe „1914/2014 – Versagen und Nutzen der Diplomatie“ in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Museum (u. a. mit Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, Christopher Clark, Kevin Rudd, Gerd Krumeich, Adam Krzeminski und anderen) hat die Thematik von verschiedenen Seiten ausgeleuchtet (siehe dazu auch das Buch „1914/2014 Vom Versagen und Nutzen der Diplomatie“). Höhepunkt und besonderes Zeichen des erreichten Stands der deutsch-französischen Verständigung war eine gemeinsame Veranstaltung beider Außenminister in der Deutschen Botschaft in Paris.

⁴ siehe <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/05/2014-05-28-dhm-erster-weltkrieg.html?nn=805342>.

⁵ siehe <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/05/2014-05-07-history-campus.html?nn=805342>

⁶ siehe www.bundesregierung.de/gedenken

⁷ siehe http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/_node.html

Die im Haushalt 2014 zur Verfügung gestellten Projektmittel in Höhe von 3,5 Mio. Euro wurden für ca. 100 grenzüberschreitende Projekte von Akteuren der Zivilgesellschaft, Kulturmittlern und Auslandsvertretungen eingesetzt. Ganz besonders zu nennen sind zum Beispiel die Neugestaltung dreier im Ersten Weltkrieg zerstörten Fenster der Kathedrale von Reims durch den Düsseldorfer Künstler Imi Knoebel, eine Geschichtsolympiade an russischen Universitäten und die Konferenz „Europäische Erinnerungskulturen“ des Instituts für Auslandsbeziehungen im Auswärtigen Amt im Dezember 2014.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) im Gedenkjahr 2014 die wissenschaftliche Erforschung und die museale Präsentation des Themenfelds Erster Weltkrieg in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt. Das dem BMVg nachgeordnete Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam führte vom 2. bis 5. Juni 2014 die 55. Internationale Tagung für Militärgeschichte zum Thema „Dynamik der Globalisierung. Das Deutsche Reich zwischen europäischem Staatenkonflikt und Weltkrieg 1914-18“ durch. Zudem hielten Vertreter des ZMSBw Vorträge in Washington, Ottawa, Peking und London zu Vorgeschichte, Ursachen und Verlauf des Ersten Weltkrieges. Zudem nahmen sie an mehreren Veranstaltungen zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg teil, u. a. in Australien und Neuseeland. Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr (MHM) in Dresden, ebenfalls dem BMVg nachgeordnet, präsentierte 2014 mehrere Sonderausstellungen zum Ersten Weltkrieg in Kooperation mit französischen, belgischen und britischen Museen sowie mit zahlreichen öffentlichen und privaten Sammlungen und Archiven in Österreich, der Schweiz und Deutschland. Vom 1. August 2014 bis 24. Februar 2015 zeigte das MHM die Sonderausstellung „14 – Menschen – Krieg“. In der viel beachteten, innovativen und auf 1.200 qm angelegten Ausstellung wurden die Lebenswege und Schicksale von Menschen in der Zeit des Ersten Weltkrieges in den Mittelpunkt gestellt.

d) Kulturerhalt

Der Erhalt kulturellen Erbes, sein Schutz und die Rückgabe bzw. Rückführung von Raub- und Beutekunst bilden einen weiteren Schwerpunkt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Gerade im Rahmen einer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, die kulturelle Antworten auf die krisenhaften Herausforderungen aktueller Außenpolitik geben will, kommt dem Kulturerhalt und -schutz besondere Bedeutung zu. Daher hat das Auswärtige Amt im Rahmen des seit 1981 bestehenden Kulturerhalt-Programms im Berichtszeitraum insbesondere in Krisenregionen einen Schwerpunkt gesetzt. So wurde in den Palästinensischen Gebieten die Restaurierung der Geburtskirche in Bethlehem gefördert. Bei diesem Großprojekt – unterstützt durch internationale Geber aus aller Welt und verschiedener Glaubensrichtungen – konnte die Bundesrepublik Deutschland mit der Konservierung eines Teils des östlichen Kirchenschiffs einen sichtbaren Beitrag leisten. Mit der Maßnahme zum Erhalt der historischen Handelsbauten im Basar von Erbil in der Region Kurdistan-Irak wurden kulturhistorisch bedeutende Baubestände saniert und damit wichtige Zeugnisse der osmanischen Periode zur Stärkung der Identität der Bevölkerung dieser krisengeprägten Region konserviert. Die Restaurierung des seit 2013 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden Anhwa-Tempels in Kaesong in der Demokratischen Volksrepublik Korea im Rahmen des Kulturerhalt-Programms diente als vertrauensbildende Maßnahme an der innerkoreanischen Grenze. Durch die Restaurierung der verfallenen Beth El Synagoge in São Paulo, in der seit Beginn des jüdischen Exils aus Deutschland nach Brasilien Vertreter verschiedener jüdischer Glaubens- und Bevölkerungsgruppen zusammengekommen waren, wurde auch der Nukleus für ein jüdisches Museum geschaffen, in dem breiten Bevölkerungsschichten der Zugang zur jüdischen Kultur ermöglicht wird. Durch dieses Kooperationsvorhaben mit der brasilianischen Seite wurde besonders auch der partnerschaftliche Kulturdialog gefördert.

Exkurs: Internationales Treffen zum Erhalt der Islamischen Handschriften von Timbuktu

Als im Jahr 2012 radikalislamische Gruppen den Norden Malis mit Krieg und Zerstörung überzogen, brachten einige mutige Bibliothekare unter Leitung Dr. Abdel Kader Haïdaras nahezu unbemerkt einen immensen kulturellen Schatz in Sicherheit: die Islamischen Handschriften von Timbuktu. Über 400.000 dieser jahrhundertealten, ebenso bedeutsamen wie fragilen literarischen Schätze konnten in die malische Hauptstadt Bamako gerettet werden. Die Dokumente zu Theologie, Recht und Geschichte zeigen, wie eng der Sahel mit der arabischen Welt und auch Europa verbunden war und widerlegen das u. a. von Hegel geprägte Vorurteil von Afrika als schriftlosem Kontinent.

Der weitere Erhalt der Handschriften stellt die Bibliothekare in Mali und ihre internationalen Unterstützer vor weitere große logistische wie konservatorische Herausforderungen. Um die verschiedenen Ansätze zum Handschriftenerhalt zu koordinieren, lud das Auswärtige Amt am 18.-19. Juni 2014 zu einem Internationalen

Treffen. Bei dieser Veranstaltung ist es gelungen, potente Unterstützer aus Europa, Amerika und Asien zu mobilisieren und zu umfangreicher Beteiligung zu bewegen. Das Auswärtige Amt hat sich verpflichtet, im Jahr 2014 für den Handschriftenerhalt 500.000 Euro bereitzustellen. Daneben beteiligen sich aus der deutschen Zivilgesellschaft die Gerda-Henkel-Stiftung und die Jutta-Vogel-Stiftung, internationale Geber wie z. B. die Ford-Foundation und die Juma Al Majid-Stiftung sowie die Regierungen Luxemburgs, der Niederlande und der Schweiz. Weitere Förderung ist aus heutiger Sicht notwendig, um den Erhalt und die Konservierung der Handschriften abzuschließen.

Bis 2015 hat Deutschland den Vorsitz im Geberkreis übernommen. Da die Handschriften ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Identität Malis sind, wird ihre Erhaltung neben der wissenschaftlichen Bedeutung der Zugänglichkeit der Schriften auch zur Stärkung einer gesamtmalischen Identität beitragen und somit den Aussöhnungsprozess zwischen Süden und Norden, Bamako und Timbuktu begleiten.

e) Internationaler Kulturgüterschutz und Kulturgüterrückführung

Internationaler Kulturgüterschutz

Der Schutz des Kulturerbes spielt national und international eine immer wichtigere Rolle – für die ethnische, nationale oder religiöse Identität eines Landes, als historische Erkenntnisquelle sowie als bedeutsamer Tourismus- und Wirtschaftsfaktor. Leider war das Kulturerbe auch im Berichtszeitraum in vielen Ländern häufig durch gezielte Zerstörungen, Raubgrabungen, Plünderungen, Diebstahl oder illegale Ausfuhr bedroht.

Die unrechtmäßige Verbringung von Kulturgütern ist seit Jahrzehnten international geächtet, insbesondere durch das UNESCO-Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut von 1970, dem inzwischen 127 Staaten – darunter auch Deutschland – beigetreten sind. Innerstaatlich wurde das Abkommen durch das 2008 in Kraft getretene Kulturgüterrückgabegesetz (KultGüRückG) umgesetzt, auf dessen Grundlage nach dem 26. April 2007 unrechtmäßig nach Deutschland verbrachte Kulturgüter angehalten und auf Ersuchen eines Vertragsstaats zurückgeführt werden müssen. In der Praxis hat das Gesetz jedoch zu erheblichen Anwendungsschwierigkeiten geführt, so dass insbesondere aufgrund der hohen Rückgabevoraussetzungen trotz zahlreicher Rückgabefälle bisher kein einziges Objekt aus Deutschland auf Grundlage des Gesetzes zurückgeführt werden konnte. Einen Sonderfall bilden Kulturgüter aus Irak und Syrien, für die besondere Verordnungen der Europäischen Union gelten, die Einfuhr, Ausfuhr und Handel grundsätzlich verbieten (für Irak seit 2003, für Syrien seit 2013). Die EU-Verordnung zu Kulturgütern aus Syrien wurde im Dezember 2013 auf deutsche Initiative hin erlassen.

Am 11. und 12. Dezember 2014 fand im Auswärtigen Amt eine internationale Konferenz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und des Deutschen Archäologischen Instituts zum Thema „Kulturgut in Gefahr: Raubgrabungen und illegaler Handel“ statt. Die Veranstaltung unterstrich das Engagement der Bundesregierung beim internationalen Kulturgüterschutz und sandte die klare Botschaft aus, dass der Handel mit illegal ausgegrabenen Antiken kein Kavaliersdelikt ist, sondern in erschreckendem Ausmaß zur Plünderung und Zerstörung des Kulturellen Erbes der Menschheit beiträgt.

Die Bundesregierung (Federführung: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) beabsichtigt, das Kulturgüterschutzrecht in Deutschland umfassend neu auszugestalten und so auch die Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens von 1970 zu verbessern. Ein Gesetzesentwurf ist für die erste Jahreshälfte 2015 geplant. Trotz der derzeitigen unzureichenden Gesetzeslage gelingt es in Einzelfällen immer wieder, illegal nach Deutschland verbrachte Kulturgüter aufgrund anderer Rechtsnormen (z. B. des Straf- und Zivilrechts) oder wegen freiwilliger Rückgaben an Herkunftsstaaten zurückzuführen. So konnten im April 2014 drei wertvolle antike Objekte aus Ägypten, die bei der Einfuhr aus der Schweiz vom deutschen Zoll beschlagnahmt worden waren, an den ägyptischen Botschafter in Berlin übergeben werden.

Rückführung kriegsbedingt verlagter Kulturgüter

Kulturgüterrückführungsfragen betreffen auch die sogenannte Beutekunst, d. h. im Laufe oder in unmittelbarer Folge des zweiten Weltkriegs verlagerte Kulturgüter aus Deutschland bzw. nach Deutschland. Die Bundesregierung führt seit Beginn der 1990er Jahre Rückführungsgespräche mit der Ukraine, Polen und Russland. Darüber hinaus erfolgen zahlreiche Kulturgüterrückführungen auf Einzelfallbasis. Kulturgüterrückführung bewegt sich im Spannungsfeld der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit den bilateralen Beziehungen der Gegenwart und den Regeln des Völkerrechts und ist in den betreffenden Ländern durch vielschichtige innenpolitische Entwicklungen beeinflusst.

Im Berichtszeitraum kehrten u. a. zwei wertvolle Gemälde („Die drei Marien am Grabe Christi“ von Antonio Campi und „Aschermittwochmorgen“ von Adolph Menzel) aus Litauen nach Deutschland zurück, nachdem der Oberste Gerichtshof Litauens die Rückgaben an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten verfügt hatte. Das Projekt der Rückführung von rund 60.000 Büchern deutscher Provenienz aus der Universitätsbibliothek Tiflis (Georgien) soll 2015 beginnen. Am 2. Juni 2014 übergab der georgische Premierminister Garibashvili symbolisch bereits zwei Bücher aus diesem Bestand an Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier im Berliner Bode-Museum. Umgekehrt übergab Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier das Gemälde „Die Palasttreppe“ von Francesco Guardi, das 1939 von deutschen Stellen im Warschauer Nationalmuseum beschlagnahmt worden war, am 31. März 2014 an den polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski. Zudem wurde die mittelalterliche Handschriftensammlung „Sermones de tempore“ aus der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek Dresden am 17. November 2014 an die polnische Nationalbibliothek in Warschau zurückgegeben. Anfang Dezember 2014 wurden außerdem zwei Kirchenglocken, die 1942 von deutschen Stellen in dem tschechischen Ort Bohumin beschlagnahmt worden waren, in die Tschechische Republik zurückgeführt.

Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter

Von der „Beutekunst“ ist die sogenannte „NS-Raubkunst“ zu unterscheiden. Dabei handelt es sich um Objekte, die zumeist jüdischen Bürgern im In- und Ausland von deutschen Stellen NS-verfolgungsbedingt entzogen wurden. Hier kommen die 1998 von zahlreichen Staaten verabschiedeten Washingtoner Prinzipien zur Anwendung, wonach eine „gerechte und faire Lösung“ für die geraubten Objekte gefunden werden soll. Nach der 1999 verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung des Bundes, der Länder und der Kommunen in Deutschland zu den Washingtoner Grundsätzen obliegt es dem jeweiligen Rechtsträger der Einrichtung, in der NS-Raubkunstwerke gefunden werden (z. B. Bibliotheken oder Museen), für eine „gerechte und faire Lösung“ zu sorgen. Bund (Federführung: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien), Länder und Kommunen haben im Oktober 2014 die Gründung eines „Deutschen Zentrums Kulturgutverluste“ beschlossen, das zum 1. Januar 2015 in Magdeburg errichtet wurde und nun national und international der zentrale Ansprechpartner in Deutschland zu Fragen der Umsetzung der Washingtoner Prinzipien ist. Das Zentrum hat vor allem die Aufgabe, Provenienzforschung in öffentlichen Einrichtungen zu fördern und ein Förderangebot auch für private Sammler zu entwickeln. Das Zentrum kann zudem bei der Suche nach fairen und gerechten Lösungen im Zusammenhang mit der Rückgabe von NS-Raubkunst beratend tätig werden.

Exkurs: „Fall Gurlitt“

Im Berichtszeitraum spielte insbesondere der auch in den Medien diskutierte „Fall Gurlitt“ eine große Rolle. Über 1.200 Werke aus dem Besitz des im Mai 2014 verstorbenen Kunstsammlers Cornelius Gurlitt waren bereits im März 2012 im Rahmen eines Steuerstrafverfahrens in München beschlagnahmt worden. Bei bis zu 500 Bildern davon kann nach gegenwärtigem Stand ein NS-Raubkunst-Verdacht nicht ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung und das Land Bayern haben vor diesem Hintergrund die „Taskforce Schwabinger Kunstfund“ eingerichtet, die die Herkunft der Bilder aufklären soll. Eine am 24. November 2014 zwischen der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Freistaat Bayern und dem Kunstmuseum Bern als testamentarisch eingesetztem Erben Gurlitts geschlossene Vereinbarung sieht u. a. vor, dass die Arbeit der Taskforce fortgesetzt wird. Dabei wird die Provenienzforschung der Taskforce auch auf die im Salzburger Haus von Cornelius Gurlitt aufgefundenen Bilder und auf alle weiteren eventuell noch auftauchenden Kunstwerke erstreckt. Werke, bei denen es sich um Raubkunst handelt, werden durch den Bund sofort restituiert, sobald ein Berechtigter identifiziert ist.

2. Schwerpunkte im Bereich „Bildung“

a) Deutsch als Fremdsprache

Deutsch als Fremdsprache erlebte weltweit einen erfreulichen Aufschwung. Die Nachfrage nach Deutschunterricht stieg an – stimuliert durch die starke deutsche Wirtschaft und die Internationalisierung der deutschen Wissenschaft tragen die strukturellen Reformen (PASCH-Initiative, Ausbau der Goethe-Institute) und die damit einhergehende verstärkte Förderung von Deutsch als Fremdsprache erste Früchte. Weiterhin gilt aber auch: Die Verbreitung deutscher Sprachkenntnisse ist wichtig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft zu erhalten.

Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland bringt Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen voran, vermittelt ein positives und wirklichkeitsgetreues Deutschlandbild im Ausland und ist ein wichtiger Beitrag zur Vermittlung unserer Haltungen und Überzeugungen.

Ein anschauliches Beispiel ist das trotz der prekären Sicherheitslage in Irak im September 2014 zum sechsten Mal angelaufenen Projekt „Irak-Horizonte 2015. Heute säen, morgen ernten.“. Das seit 2009 bestehende Projekt ist eine Gemeinschaftsinitiative des Auswärtigen Amtes, des Goethe-Instituts und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und richtet sich an junge irakische Akademiker sowie an deutsche und irakische Unternehmen. Ziel des Projekts ist es, den interkulturellen Austausch und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Irak zu stärken und den Wiederaufbau Iraks nachhaltig voranzubringen. Gleichzeitig wird ein Netzwerk von qualifizierten und an Deutschland interessierten Entscheidungsträgern in Irak aufgebaut. Im Projektjahr 2013/2014 durchliefen die Teilnehmer einen je vierwöchigen Intensivkurs in deutscher Sprache und Kultur im Verbindungsbüro des Goethe-Instituts in Erbil und am Goethe-Institut Schwäbisch Hall und hospitierten anschließend für sechs Wochen in einem durch den Deutschen Industrie- und Handelskammertages vermittelten Unternehmen in Deutschland.

„Ich habe unglaublich viele und vielschichtige Erfahrungen gewonnen. Die deutsche Sprache ist und bleibt ein Bindeglied zu den vielen netten und interessanten Menschen, die die Gruppe im Verlauf des mehr als drei Monate dauernden Projekts kennenlernen konnte. Durch sie haben wir die deutsche Kultur, das Denken, die deutsche Geschichte wie auch die Arbeitsabläufe in Deutschland intensiver begreifen können. Für die Gruppe ist es aber auch eine sehr schöne Erfahrung gewesen, mit Landsleuten aus allen Landesteilen des Irak zusammen zu kommen, die man sonst nicht kennengelernt hätte. Dadurch haben wir eine enorme Horzonterweiterung in Bezug auf unser eigenes Heimatland erfahren. Ich hoffe, dass auch umgekehrt die Menschen in Deutschland durch das persönliche Kennenlernen mit den Irakern einen anderen Blickwinkel auf mein Heimatland erhalten haben, das nicht nur von Gewalt, Chaos und Konflikten beherrscht ist, wie die Presse dies täglich vermittelt.“

Hasan Chichan, Arzt, Teilnehmer des Programms „Irak-Horizonte 2015. Heute säen, morgen ernten.“

Bei der Abschlussveranstaltung des Deutsch-Chinesischen Sprachenjahres 2013/2014 tauschten sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Chinas Ministerpräsident Li Keqiang im Juli 2014 mit deutschen und chinesischen Schülerinnen und Schülern in Peking aus. Im Zentrum des Jahres hatte die Stärkung von Deutsch als Fremdsprache im chinesischen Bildungswesen gestanden, insbesondere über eine verbesserte Ausbildung von Deutschlehrerinnen und -lehrern, eine Ausweitung der durch die Partnerschaftsinitiative „PASCH“ geförderten Schulen und eine bessere Verknüpfung von Sprachförderung mit Hochschulzusammenarbeit und Berufsbildung. Das Sprachenjahr blickt auf eine Reihe erfolgreicher Veranstaltungen zurück. Zum Auftakt waren deutsche und chinesische Schriftstellerinnen und Schriftsteller erstmals bei einem gemeinsamen Forum im September 2013 in Peking unter dem Leitthema „Die gesellschaftliche Verantwortung des Schriftstellers in der Ära der Globalisierung“ zusammengelassen. Eine Premiere war auch das erste Festival des Deutschen Films in China (organisiert vom Goethe-Institut Peking und German Films), das im Oktober 2013 in Peking, Chengdu, Shenzhen und Shenyang stattfand. Hier, wie auch bei anderen Projekten war Breitenwirkung im ganzen Land ein wichtiges Ziel. So organisierte das Goethe-Institut unter dem Motto „Hier kommt Deutsch!“ eine mehrmonatige Bustour zu Schulen und Universitäten in ganz China.

Das „Jahr der deutschen Sprache und Literatur in Russland 2014/2015“, das parallel zum Jahr der russischen Sprache und Literatur in Deutschland stattfindet, wurde im September 2014 mit dem zweitägigen Sprach- und Literaturfestival „Deutsch hoch drei“ in Moskau in Anwesenheit des damaligen Vorsitzenden des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages, MdB Dr. Peter Gauweiler, eröffnet. Mit dem Sprachen- und Literaturjahr soll gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtig schwierigen politischen Rahmenbedingungen ein Zeichen für Verständigung zwischen den Menschen gesetzt und der Dialog zwischen den Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands gefördert und gestärkt werden. Die ca. 200 Veranstaltungen russlandweit bieten dabei neben der Förderung von Deutsch als Fremdsprache auch die Chance, Werte zu vermitteln. Obwohl Russland nach wie vor zu den Ländern mit den meisten Deutschlernern weltweit gehört, steht der Deutschunterricht dort vor großen Herausforderungen, wie der jüngsten Bildungs- und Hochschulreform, der Altersstruktur der Deutschlehrer und dem Rückgang der Schülerzahlen aufgrund des demographischen Wandels. Das „Jahr der deutschen Sprache und Literatur“ soll diesen Tendenzen entgegenwirken, indem es nachhaltige Strukturen der Deutschförderung schafft. Bisherige Höhepunkte des Sprachenjahres waren die Eröffnung des Deutsch-russischen Instituts für innovative Technologien (GRIAT) in Kasan und die Gründung eines überregionalen russischen Deutschlehrerverbands mit maßgeblicher Unterstüt-

zung durch das Goethe-Institut. Bis Juni 2015 sind weitere zahlreiche Veranstaltungen und Projekte zur deutschen Sprache und Literatur in Russland geplant.

Exkurs: Deutsch-russisches Institut für innovative Technologien (GRIAT)

Immer mehr deutsche Hochschulen engagieren sich im Ausland. Nun ist einer bi-nationalen Hochschule mit dem „Deutsch-russischen Institut für innovative Technologien“ (GRIAT) in Kasan zum ersten Mal der Schritt nach Russland gelungen. Mit vier ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen hat diese deutsch-russische Universität am 2. September 2014 den Lehrbetrieb aufgenommen. Für die kommenden Jahre ist geplant, das Angebot auf 14 Studiengänge zu erweitern. Von deutscher Seite wird das Projekt aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung innerhalb des DAAD-Programms „TNB – Deutsche Studiengänge im Ausland“ gefördert. Zudem werden aus Mitteln des Auswärtigen Amtes ein Lektorat und eine Langzeitdozentur gefördert. Deutsch ist Teil des Lehrplans, da das dritte Fachsemester verpflichtend an der jeweiligen deutschen Partnerhochschule in Magdeburg oder Ilmenau stattfindet.

Exkurs: Förderung deutscher Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich den Nachfolgestaaten der UdSSR

In den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, leben etwa eine Million Deutsche als Minderheiten in 23 Ländern. Die von Deutschland gewährte Unterstützung für die deutschen Minderheiten in diesen Staaten ist Ausdruck einer besonderen historischen Verantwortung für die Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit während und infolge des Zweiten Weltkriegs besondere Lasten zu tragen hatten. Gerade vor dem Hintergrund aktueller politischer Herausforderungen können diese Minderheiten als interkulturelle Bindeglieder friedentiftende Partnerschaften und Netzwerke innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus entwickeln.

Die Brückenfunktion von Minderheiten zeigte sich im November 2014 sehr eindrücklich in der Direktwahl des Siebenbürger Sachsen Klaus Johannis zum Staatspräsidenten Rumäniens.

Es ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung, die deutschen Minderheiten vor Ort in ihrem Selbstverständnis und in ihrer kulturellen Identität und dem Erhalt ihrer Sprache zu bestärken. Innerhalb der Bundesregierung unterstützt das Bundesministerium des Innern vor allem gemeinschaftsfördernde, identitäts- und verbandsstärkende Maßnahmen, sozial-humanitäre Projekte, Maßnahmen in wirtschaftsbezogenen Bereichen sowie die Förderung des Aufbaus zukunftsfähiger Selbstverwaltungen.

Das Auswärtige Amt fördert vor allem kulturelle, sprach- und bildungspolitische Vorhaben. Grundsatz für alle Projekte ist, dass die Initiative von den Minderheiten selbst oder von deren Umfeld ausgehen muss.

Der Deutsche Bundestag hat 2014 beschlossen, dass im folgenden Haushaltsjahr zum Erhalt des dort seit Jahrhunderten etablierten deutschsprachigen Schulwesens in Rumänien 750.000 Euro in die Förderung von Lehrerinnen und Lehrern an 82 staatlichen rumänischen Schulen mit deutschsprachigem Unterricht oder Schulen mit deutschem Bildungszug fließen.

b) Partnerschulinitiative (PASCH) und Deutsche Auslandsschulen

Die von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier bereits in seiner ersten Amtszeit 2008 ins Leben gerufene Partnerschulinitiative „PASCH“ brachte im Berichtszeitraum über 600.000 Kinder in Kontakt mit deutscher Bildung. Die Zahl der PASCH-Schulen ist von anfangs etwa 500 auf mittlerweile knapp 1800 Schulen angewachsen und stieg im Berichtszeitraum um weitere 100 Partnerschulen, größtenteils Sprachdiplomschulen, an. Zum Netzwerk gehören die rund 140 Deutschen Auslandsschulen, ca. 1100 Schulen, an denen das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz abgelegt wird, und ca. 560 Schulen, an denen das Goethe-Institut die Sprachprüfungen „FIT 1“ und „FIT 2“ anbietet. An den Deutschen Auslandsschulen sowie den Sprachdiplomschulen arbeiten aus Deutschland vermittelte Lehrerinnen und Lehrer. Die PASCH-Schulen werden außerdem durch verstärkte Fortbildung von Deutschlehrern, durch Lehr- und Lernmittelpenden sowie Ausstattungshilfen unterstützt.

PASCH verfolgt das Ziel, die Deutschen Auslandsschulen und die nationalen Schulen in den Gastländern, die innerhalb ihrer Bildungssysteme Deutschunterricht anbieten, zu stärken und untereinander zu vernetzen, um junge Menschen frühzeitig als zukünftige Partner für Deutschland zu gewinnen. Schülerinnen und Schüler an einer PASCH-Schule erfahren: Mit Deutsch kommt man beruflich und persönlich weiter – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und sogar weltweit. An den Schulen beginnen Lernbiografien junger

Menschen, die häufig durch Studienwahl und Berufstätigkeit mit Deutschlandbezug fortgeführt werden. Die im Berichtszeitraum begonnene Intensivierung der Alumni-Arbeit trägt zu dieser Entwicklung bei.

„Unser Ziel muss weiterhin sein, an Deutschland interessierte Menschen von Anfang an zu begleiten: von der deutschen Schule über eine DAAD-Stipendium zum Humboldt-Stipendium und der anschließenden Betreuung der Alumni-Netzwerke.“

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, Interview Humboldt-Kosmos 103/2014, S. 22.

Beispiel einer „Lern-Biografie“: Natalia Krylova lernte am Gymnasium Nr. 9, FIT-Schule in Jekaterinburg Deutsch und wurde Stipendiatin der PASCH-Studienbrücke des Goethe-Instituts. Im Rahmen der Studienbrücke nahm sie u. a. am Informatikcamp der Universität Passau teil. Sie studiert jetzt am Studienkolleg Karlsruhe, an dem sie den T-Kurs für naturwissenschaftlich-technische Fächer belegt. Anschließend möchte sie in Deutschland Informatik studieren.

Das mittelständische deutsche Unternehmen WIKA hat einen großen Bedarf an sprachlich und technisch qualifizierten Fachkräften für seinen Produktionsstandort in Wloclawek (Polen). Gemeinsam mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) erwuchs hieraus eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Die von der ZfA betreute PASCH-Schule Technikum Nr. 4 in Wloclawek, eine auf Elektrotechnik und Informationstechnologie spezialisierte Fachoberschule, bietet erweiterten Deutschunterricht an. Absolventen erreichen mit dem Schulabschluss das Sprach-Niveau B1 und können das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz der Stufe 1 erwerben. Die erforderliche finanzielle und personelle Förderung übernimmt WIKA.

Im Juni 2014 kamen auf Einladung des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen, des Auswärtigen Amts und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen rund 450 Vorstände, Schul- und Verwaltungsleiterinnen und -leiter der Deutschen Auslandsschulen sowie erstmalig auch Vertreter der Sprachdiplomschulen und der Berufsbildungszentren im Ausland zum Vierten Weltkongress der Deutschen Auslandsschulen zusammen. Diese alle vier Jahre stattfindende Tagung soll das Netzwerk der Auslandsschulen stärken und das Engagement der unterschiedlichen Akteure würdigen. Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier eröffnete den Kongress mit der Feststellung, dass schulische Arbeit im Ausland „kein schmückendes Beiwerk, sondern elementarer Bestandteil deutscher Außenpolitik“ sei. Kultur und Bildung würden in der Zukunft eine entscheidende und immer stärkere Rolle spielen, so der Minister. Auswärtige Bildungspolitik heiße für ihn „Lernen für die Welt genauso wie Lernen von der Welt.“

In der Auslandsschularbeit zeigte sich auch im Berichtszeitraum beispielhaft, wie zukunftsweisende öffentlich-private Partnerschaften gestaltet werden können. Die Deutschen Auslandsschulen werden durch private Trägervereine eigenverantwortlich geführt. Im Durchschnitt werden knapp drei Viertel der Schulhaushalte durch Eigenleistungen finanziert, v. a. durch Schulgelder und Spenden.

Exkurs: Auslandsschulgesetz (ASchulG)

Das Gesetz über die Förderung Deutscher Auslandsschulen (ASchulG) ist zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten. Gemeinsam mit der im Dezember 2013 unterzeichneten Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, die v. a. die Richtzahlen für Lehrkräfte und die Kostenteilung im Auslandsschulwesen regelt, und den im Juni 2014 in Kraft gesetzten Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung des ASchulG bildet es die Grundlage für die Förderung von Auslandsschulen. Der gesetzliche Förderanspruch bietet für das Auslandsschulwesen klare Perspektiven.

Zusätzlich dazu erfasst das neue Fördersystem künftig auch berufsbildende Abschlüsse und berücksichtigt das Engagement der Schulen in den Bereichen Inklusion sowie Sozialermäßigungen. Das politische Ziel, ein gleichbleibendes Gesamförderniveau für die Schulen zu gewährleisten, konnte das Auswärtige Amt im Verwaltungsvollzug flächendeckend erreichen. Mit der Umstellung auf das neue System geht zudem ein neuer Ansatz zur Evaluation der Förderung einher: Künftig wird das Auswärtige Amt in regelmäßigen Abständen seine Fördergrundsätze und -instrumente überprüfen, um das System fortwährend an den Zielen und Anforderungen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ebenso wie den Bedürfnissen der Schulen auszurichten. Eine vertiefte Evaluierung soll noch vor 2017 erfolgen. Eine erste Bestandsaufnahme wird im Frühjahr 2015 durchgeführt werden. Darüber soll der Deutsche Bundestag unterrichtet werden.

c) Schüleraustausch

Im Auftrag des Auswärtigen Amts fördert der Pädagogische Austauschdienst (PAD) den internationalen Austausch und die internationale Zusammenarbeit im Schulbereich. An den Austauschprogrammen nahmen im Berichtszeitraum 35.000 Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, angehende Lehrkräfte sowie Schulen in Deutschland und im Ausland teil. Im Rahmen von „kulturweit“ vermittelt der PAD Freiwillige an Deutsche Auslandsschulen und DSD-Schulen. Der PAD ist zudem Nationale Agentur für den Bereich Schulbildung des EU-Programms „Erasmus+“ und seit 2013 auch die Nationale Koordinierungsstelle für das Schulnetzwerk „eTwinning“, das Schulpartnerschaften im Internet unterstützt. Jährlich werden vom PAD im Prämienprogramm ca. 920 Stipendien an begabte Deutschlerner/-innen weltweit vergeben. Das Johannes-Rau-Stipendienprogramm ermöglicht speziell Schüler/-innen aus Israel einen Gastaufenthalt in Deutschland. Für insgesamt ca. 1.400 ausländische (angehende) Deutschlehrkräfte werden zudem Fort- und Weiterbildungskurse sowie Hospitationen in Deutschland angeboten.

d) Jugendaustausch

„Die Erfahrungen, die junge Menschen im Austausch auf internationaler Ebene machen können, wirken sich positiv auf ihre Persönlichkeitsentwicklung wie auch auf ihre weiteren Chancen im Lebensweg aus...!“

Jörg Freese, Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag

Die Bundesregierung förderte auch im Berichtszeitraum zahlreiche Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogramme und ermöglichte es so vielen jungen Menschen, internationale Erfahrungen zu sammeln, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und Vielfalt wertschätzen zu lernen. Die Maßnahmen trugen dazu bei, dass bei den Teilnehmern die Fundamente für Verständigung, interkulturelles Lernen und mehr Partizipation gelegt und Bildung, Teilhabe, gesellschaftliches Engagement, soziale Eingliederung, Toleranz und Solidarität gefördert wurden.

Zur stärkeren Einbeziehung von benachteiligten Jugendlichen und darunter auch solchen mit Migrationshintergrund in den internationalen Jugendaustausch fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die jugendpolitische Initiative „Jugendarbeit international – Vielfalt erleben“ (JiVE), an der sich u. a. Bundesländer/Landesjugendbehörden, die kommunalen Spitzenverbände, der Deutsche Bundesjugendring, der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, Migrantenselbstorganisationen und Vereine junger Migrantinnen und Migranten, das Bundesforum Kinder- und Jugendreisen sowie die Deutsche Sportjugend beteiligen. Die Ergebnisse des Modellprojekts „Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität für Jugendliche ermöglichen“ zeigen dabei exemplarisch Wege auf, wie das Ziel, jedem jungen Menschen Lernerfahrungen in einem anderen Land zu ermöglichen, dauerhaft umgesetzt kann.

www.jive-international.de

Die Politik der Bundesregierung für junge Menschen ist dabei in einem doppelten Sinne europäisch und international ausgerichtet: Sie setzt einerseits Impulse für die Gestaltung von Lebensbedingungen junger Menschen in Europa und weltweit. Andererseits greift sie europäische und internationale Entwicklungen auf und macht diese zum Gegenstand ihrer politischen Auseinandersetzung im Inland, aktuell etwa bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie. Bund und Länder haben ihre enge Zusammenarbeit für eine gemeinsame Umsetzung in Form einer Bund-Länder Arbeitsgruppe beschlossen und wollen die europäischen Impulse für die Weiterqualifizierung von Politik und Praxis in den Themenbereichen Partizipation, Übergänge und Anerkennung nichtformaler Bildung nutzen. Innerhalb von „Erasmus+“ ist „JUGEND IN AKTION“ das Förderprogramm für alle jungen Menschen im Bereich der nicht formalen und informellen Bildung. Aus diesem Jugendkapitel werden in den drei Aktionslinien Lernmobilität von Einzelpersonen, Förderung von Innovation und Unterstützung politischer Reformen verschiedene Maßnahmen, wie der Europäische Freiwilligendienst, Strategische Partnerschaften oder der Strukturierte Dialog gefördert. Im Zeitraum 2014-2020 wird das Jugendkapitel mit ca. 1,5 Mrd. Euro ausgestattet. Der deutsche Ansprechpartner für das EU-Programm „Erasmus+“ „JUGEND IN AKTION“ ist die vom BMFSFJ ko-finanzierte Agentur JUGEND für Europa. Informationen zum Jugendkapitel „Erasmus+“ finden sich auf der Website

www.jugend-in-aktion.de

„kulturweit“

Der vom Auswärtigen Amt 2009 ins Leben gerufene Freiwilligendienst „kulturweit“ erfreut sich weiter hoher Nachfrage und wurde im Berichtszeitraum finanziell konsolidiert. In Anwesenheit von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier feierten Alumni und Partner (GI, DAAD, PAD, DAI) am 17. September 2014 sein fünfjähriges Bestehen. Getragen von der Deutschen UNESCO-Kommission bietet er qualifizierte Vor- und Nachbereitung sowie mittels des am 8. Dezember 2014 gegründeten Alumnivereins „kulturweiter“ nachhaltige Vernetzung engagierter junger Menschen mit dem Willen, der Friedensidee zu dienen. Neben „kulturweit“ ist die Bundesregierung stark eingebunden in die Bemühungen der Internationalen Jugendfreiwilligendienste, geeignete Einsatzstellen für Auslandsdienstleistende zu ermitteln. Im Jahr 2014 konnten ca. 600 neue Einsatzstellen für deutsche Träger bereitgestellt werden.

Schwerpunkte des Jugendaustauschs

Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)

Im Berichtszeitraum förderte das DFJW fast 9.000 Austauschprogramme, an denen insgesamt rund 205.000 junge Menschen teilnahmen. Das DFJW setzte seinen Ansatz fort, neue Zielgruppen anzusprechen, die bisher noch keine Austausch Erfahrung erlebt haben, wie zum Beispiel junge Menschen aus der beruflichen Bildung oder aus bildungsfernen Familien. Zunehmend will es auch dem Kompetenzverlust von Sprache, Kultur und Kenntnis über das Nachbarland bei künftigen jungen Entscheidungsträgerinnen und -trägern entgegenreten. Beim sogenannten „Entdeckungstag“ konnten Schülerinnen und Schüler Ministerien, Unternehmen und Organisationen besuchen und erleben, welche Chancen ihnen die Sprache und das Land der Nachbarn für ihr künftiges Berufsleben bieten.

www.dfjw.org

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Das DPJW förderte im Berichtszeitraum 3.100 Projekte mit rund 111.000 Teilnehmern. Das Motto „25 Jahre politischer Wandel“ in Deutschland und Polen war 2014 der Ausgangspunkt für eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten für Jugendliche. Die Beschäftigung mit der Zeitgeschichte ging dabei auch kreative Wege: im Rahmen von „Rap dich frei – Wyrapuj sobie wolność“ komponierten Jugendliche rund um den Begriff Freiheit ihren eigenen deutsch-polnischen Rap. Mit Blick auf die aktuellen politischen Ereignisse in der Ukraine organisierte das DPJW mit Unterstützung des Auswärtigen Amts darüber hinaus Jugendprojekte, an denen auch ukrainische Jugendliche teilnahmen. Mit dem Deutsch-Polnischen Jugendpreis „changes/chances@work“ machte das DPJW die berufliche Orientierung junger Menschen und ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt zum inhaltlichen Schwerpunkt deutsch-polnischer Jugendbegegnungen.

www.dpjw.org

Deutsch-Griechisches Jugendwerk

Anlässlich des Besuchs des damaligen griechischen Staatspräsidenten Papoulias bei Bundespräsident Joachim Gauck am 12. September 2014 haben Bundesministerin Manuela Schwesig und der damalige Botschafter der hellenischen Republik Panayotis Zagrafos eine gemeinsame Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zur Errichtung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerkes unterzeichnet, das neben dem klassischen Jugendaustausch auch das Thema Jugend und Beschäftigung in den Blick nehmen soll. Das Deutsch-Griechische Jugendwerk ist für die Bundesregierung ein wesentlicher Beitrag zur deutsch-griechischen Verständigung, der sich gegen das Vergessen ausspricht, aber gleichzeitig der Zukunft zuwendet und somit auch ein symbolischer Beitrag zur Aussöhnung ist. Die Verhandlungen über das Abkommen selbst wurden im Juni 2014 mit der griechischen Seite aufgenommen. Neben den erfreulich zügigen Fortschritten zur Vorbereitung der Errichtung eines Jugendwerkes wurde mit dem Generalsekretär des griechischen Bildungsministeriums auch vereinbart, den Austausch von deutschen und griechischen Jugendlichen bereits zeitnah zu intensivieren, um die Jugend beider Länder beim Aufbau des Jugendwerkes „mitzunehmen“ und ihr Engagement und ihren Enthusiasmus zu unterstützen. Dabei hat sich das bilaterale Deutsch-Griechische Jugendforum vom 3. bis 6. November 2014 in Bad Honnef als echte Projektschmiede erwiesen (siehe auch www.agorayouth.com).

Deutsch-Türkischer Jugendaustausch

Am 26. Juni 2014 wurde im Rahmen einer Tagung in Bonn das 20jährige Jubiläum der Ressortvereinbarung über jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei mit ca. 80 Teilnehmenden aus

beiden Ländern gewürdigt. Im Berichtszeitraum nahmen über 3.000 Jugendliche an Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogrammen teil, die durch Mittel des Kinder- und Jugendplans des Bundes oder des EU-Programms „Jugend in Aktion“ (seit 1. Januar 2014 „Erasmus+“) gefördert wurden. Eine wichtige neue von der Stiftung Mercator zivilgesellschaftlich getragene Initiative ist die Deutsch-Türkische Jugendbrücke, die zum Ziel hat, den deutsch-türkischen Schüler- und Jugendaustausch zu intensivieren. Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier nahm an der offiziellen Auftaktveranstaltung der Deutsch-Türkischen Jugendbrücke am 21. Juni 2014 in Istanbul teil.

Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch

Das Koordinierungszentrum für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch „Tandem“ hat im Berichtszeitraum etwa 5.000 junge Menschen gefördert. Inhaltlicher Schwerpunkt war das Thema „Gesundes Aufwachsen“. Dazu wurde wieder ein Sonderförderprogramm im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes unter dem Titel „Yolo – mach was draus!“ ausgeschrieben. Parallel dazu wurde ein grenzübergreifendes Projekt mit gemeinsamen Ansätzen zur Drogenprävention entwickelt, da die Zunahme des „Crystal Meth“-Konsums unter Jugendlichen sowohl Lehrerinnen und Lehrern als auch Jugendarbeiterinnen und -arbeitern auf beiden Seiten der deutsch-tschechischen Grenze Sorgen bereitet.

www.tandem-org.de

Deutsch-Israelischer Jugendaustausch

Am deutsch-israelischen Jugendaustausch nahmen im Berichtszeitraum rund 7.000 Jugendliche in 300 Austauschprogrammen teil, wofür 2,2 Mio. Euro jährlich bereitstehen. Das Auswärtigen Amt förderte in diesem Zusammenhang darüber hinaus einen Austausch von Fachkräften der Jugendarbeit, eine Jugendbegegnung zum Thema „Erinnerungen an den Holocaust in Israel und in Deutschland im Vergleich“ sowie die Konferenz „Friedens- und Freiwilligenarbeit in und mit Konfliktregionen“. 2015 wird der Jugendaustausch im Rahmen des deutsch-israelischen Jahres mit einer eigenen Jugendkonferenz mit mehr als 250 Teilnehmenden fortgesetzt und intensiviert.

www.conact-org.de

Deutsch-Russischer Jugendaustausch

Die „Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH“, die die Bundesregierung jährlich mit 2 Mio. Euro unterstützt, konnte im Berichtszeitraum mehr als 280 außerschulische sowie mehr als 300 schulische Begegnungen fördern. Bei der von der Stiftung organisierten Arbeitstagung „Zehn Jahre Regierungsabkommen über jugendpolitische Zusammenarbeit – Analyse und Zukunftsstrategie“ im September 2014 in Berlin stellten die Teilnehmenden aus beiden Ländern fest, dass seit Unterzeichnung des Abkommens über jugendpolitische Zusammenarbeit viele positive Ergebnisse erzielt wurden. Auch unterstrichen sie die Bedeutung der weiteren Entwicklung des bilateralen Jugendaustausches in der aktuellen politischen Situation.

www.stiftung-drja.de

e) Wissenschafts- und Hochschulaustausch

Wissenschaft und Forschung leisten zusammen mit der schulischen und außerschulischen Bildung einen zentralen Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Internationale Verständigung und die Schaffung von Gemeinsamkeiten über Grenzen hinweg können durch die Koproduktion von Wissen spürbar gestärkt werden. Zentrale Zukunftsfragen werden nur durch interdisziplinäre weltweite Zusammenarbeit von Forschern zu lösen sein. Einen sehr interessanten Beitrag in diesem Sinne hat im Berichtszeitraum das Anthropozän-Projekt des Hauses der Kulturen der Welt geleistet.

Die Globalisierung von Wissenschaft und Forschung stellt aber auch das deutsche Wissenschafts- und Hochschulsystem weiterhin vor große Herausforderungen. Die deutschen Hochschulen werden im globalen Wettbewerb nur durch konsequente Internationalisierung ihrer Strukturen, ihrer Forschungsaktivitäten, ihres Lehrkörpers und ihrer Studierendenschaft bestehen können. Daher haben die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern 2013 die erste gemeinsame Strategie für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland beschlossen, die Handlungsempfehlungen für Austausch, Kooperation und Internationalisierungsstrategien der Hochschulen umfasst. Außerdem hat die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, „eine neue Qualität der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit“ zu erreichen. Neben einer Steigerung der Auslandsmobilität der hiesigen Studierenden ist als weiteres quantitatives Ziel vorgesehen, die Zahl internati-

onaler Studierender an deutschen Hochschulen bis zum Jahr 2020 auf 350.000 zu erhöhen. Dies entspräche einer Steigerung um 24% gegenüber dem Stand von 2013. Im Jahr 2014 studierten bereits über 300.000 internationale Studierende an deutschen Hochschulen. Anteilig kamen die meisten Bildungsausländer im Jahr 2013 aus Asien (35,4%), gefolgt von Osteuropa (27,4%), Westeuropa (18,9%), Afrika (9,8%) und Nord- und Südamerika (8,1%). Bei gleichbleibender Steigerungsrate von ca. 3,5% wird das Ziel von 350.000 internationalen Studierenden im Jahr 2020 nicht nur erreicht, sondern voraussichtlich übertroffen. Die Entwicklung der Internationalisierung der deutschen Hochschulen ist damit im Bereich des Ausländerstudiums erfolgreich. Zu bedenken ist jedoch, dass auch andere Länder ambitionierte Internationalisierungsziele formuliert haben. Insbesondere asiatische Staaten, aber auch andere aufsteigende Schwellenländer werden in den nächsten Jahren auf den internationalen Bildungsmarkt drängen. Trotz des zu erwartenden Anstiegs der Gesamtzahl international mobiler Studierender wird sich die Konkurrenz um die „besten Köpfe“ damit voraussichtlich deutlich verschärfen.

Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, hat sich der Deutsche Akademische Austauschdienst als wichtigste Förderorganisation von – akademischer Mobilität in Deutschland den strategischen Schwerpunkt „Stipendien für die Besten“ gegeben. Neben der Auslandsförderung und der internationalen Netzwerkbildung deutscher Studierender und Wissenschaftler/innen soll durch Zahlung attraktiver Stipendien, eine Erhöhung der Forschungspauschalen für ausländische Wissenschaftler/innen an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und die Verbesserung der Willkommenskultur den Herausforderungen der globalisierten Wissensgesellschaft noch besser begegnet werden (siehe auch Exkurs „Willkommenskultur“ oben).

Die Willkommenskultur im Bereich des Studiums wird insbesondere mit dem vom Auswärtigen Amt geförderten DAAD-Programm STIBET gestärkt, das der Betreuung und Integration von ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen dient (2013: 7,815 Mio. Euro, 2014: 9,231 Mio. Euro). Die Evaluation des STIBET-Programms bestätigt den hohen Erfolg des Programms und fordert zugleich weitere Anstrengungen bei der Stärkung der Willkommenskultur. Der DAAD wird daher in neue Modellprojekte zur Verbesserung der Willkommenskultur investieren.

Dass auch der Anteil ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen weiter erhöht werden soll, ist zwischen wissenschaftspolitischen und wissenschaftlichen Akteuren unstrittig. Zwar konnten in diesem Bereich in den letzten Jahren ebenfalls Fortschritte erzielt werden, doch sind weitere Bemühungen erforderlich, um noch mehr ausländische Lehrende und Forschende für eine wissenschaftliche Tätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Denn die Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit in der Wissenschaft hat auch einen weltweiten Wettbewerb der Wissenschaftssysteme zur Folge, die um die besten Wissenschaftler/innen konkurrieren. Geeignete Strukturen und Instrumente müssen bereitgehalten werden, damit Deutschland seine gute Position behaupten und ausbauen kann.

Die Alexander von Humboldt-Stiftung trägt insbesondere mit ihren personenbezogenen Programmen der Forschungsförderung, aber auch mit strukturfördernden Maßnahmen wie den Humboldt-Professuren wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Hochschul- und Wissenschaftsstandort bei. Sie fördert Wissenschaftskooperationen zwischen exzellenten ausländischen und deutschen Forscherinnen und Forschern und leistet damit einen zentralen Beitrag, um ausländische Wissenschaftler für Deutschland zu gewinnen. Gerade bei der Stärkung der Willkommenskultur gehört die Humboldt-Stiftung in Deutschland zu den Vorreitern.

Auch das Deutsche Archäologische Institut pflegt in einer langen Tradition Kontakte zu ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und weist Beziehungen zu zahlreichen ausländischen Hochschulen auf. Durch die Verleihung von korrespondierenden und ordentlichen Mitgliedschaften verfügt das Deutsche Archäologische Institut über ein weltweites Netzwerk an Kooperationspartnern und vergibt Stipendien für Forschungsaufenthalte an eigenen Instituten.

Am 23. Januar 2014 eröffneten die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, und ihr türkischer Amtskollege Fikri Işık, Minister für Wissenschaft, Industrie und Technologie der Republik Türkei, in Berlin das „Deutsch-Türkische Jahr der Forschung, Bildung und Innovation 2014“. Beide Minister unterzeichneten Vereinbarungen zur künftigen Ausrichtung der bilateralen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Das Wissenschaftsjahr stand unter dem Motto „Wissenschaft verbindet Nationen – Science Bridging Nations. Im Mittelpunkt des Wissenschaftsjahres steht ein Ideenwettbewerb, in dessen Rahmen zahlreiche Projekte in Deutschland und der Türkei gefördert wurden. An zahlreichen deutschen Hochschulen fanden im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2014 „Türkei-Wochen“ statt.

Exkurs: Umsetzung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes

Neue Gestaltungsmöglichkeiten bietet die Umsetzung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes für den DAAD und die Alexander von Humboldt-Stiftung. Das Gesetz gewährt beiden Organisationen mehr Spielräume bei der Verwendung ihrer Haushaltsmittel, damit diese effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden können. Von besonderer Bedeutung ist die Einführung von Selbstbewirtschaftung und Globalhaushalten, die es beiden Mittlerorganisationen ermöglichen soll, deutlich flexibler zu wirtschaften als bisher. Aus diesen Freiheiten erwächst Verantwortung, und sie bedingen intelligente Formen des öffentlichen Managements. Mithilfe von Zielvereinbarungen und spezifischen Berichten stellen das Auswärtige Amt und die Mittlerorganisationen sicher, dass die gemeinsamen Ziele fest im Blick bleiben.

Die Förderung tertiärer Bildung gewann im Berichtszeitraum auch in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit immer mehr an Bedeutung, insbesondere ist die Nachfrage nach einer breiten, hochwertigen und arbeitsmarktrelevanten tertiären Bildung gestiegen. Schwellen- und Entwicklungsländer brauchen qualifizierte Fach- und Führungskräfte, um ihren Entwicklungsweg angesichts komplexer Herausforderungen nachhaltig fortzusetzen. Zudem wollen sie Anschluss an die internationale Wissenschaftsgemeinschaft finden. Durch den Auf- und Ausbau von Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft findet der Ausbildungs-, Forschungs- und Beratungsbedarf des Privatsektors Eingang in die Arbeit von Hochschulen – die damit praxisorientiert wird. In diesem Kontext spielt die Zusammenarbeit des BMZ mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Alexander von Humboldt-Stiftung eine tragende Rolle. Beide erhalten vom BMZ Zuwendungen für Stipendien- und Alumniprogramme sowie für Hochschulkooperationen. Beim Deutschen Akademischen Austauschdienst werden derzeit u. a. neun Programme durch fortlaufende jährliche Zuwendungen in Höhe von insgesamt rund 40 Mio. Euro unterstützt. Bei der Alexander von Humboldt-Stiftung wird das Georg Forster-Forschungsstipendienprogramm mit rund 6,6 Mio. Euro pro Jahr unterstützt. Es wendet sich an überdurchschnittlich qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Fachgebiete aus Entwicklungs- und Schwellenländern gemäß DAC-Liste (ohne Indien und China) wendet, die entwicklungsrelevante Forschungsvorhaben in Deutschland durchführen wollen.

Exkurs: „Erasmus+“

Das Jahr 2014 markierte in der Welt der EU-Bildungsförderung den Übergang vom „Programm für Lebenslanges Lernen“ (PLL) hin zu „Erasmus+“. Bereits die Wahl des Programmtitels beweist die überaus große Strahlkraft der Hochschulförderung, die bekanntermaßen die Mobilität von Studierenden (Studien- und Praktikaaufenthalte), aber die auch von Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeitern (Lehre, Fort- und Weiterbildung) in das europäische Ausland fördert. Hinzu kommen weitere Programmlinien, die die Zusammenarbeit von Hochschulen mit Partnerinstitutionen systematisch unterstützen. Mit „Erasmus+“ verbessert, vertieft und flexibilisiert erfolgreiche Programmlinien, passt die Budgets an und nimmt sinnvolle Vereinheitlichungen vor. Insgesamt wurde das Budget in der Programmlaufzeit bis 2020 deutlich erhöht. Das Programm reagiert damit auf die gewachsene Rolle von institutioneller Internationalisierung einerseits und die hoch entwickelten Austauschmöglichkeiten im Europäischen Hochschulraum andererseits.

Erstmals gab es für Hochschulen beispielsweise die Möglichkeit, auf europäischer Ebene „strategische Partnerschaften“ zur Förderung von innovativen europäischen Hochschulkooperationsprojekten zu beantragen. Dies stieß bei deutschen Hochschulen auf großes Interesse. Von 57 Anträgen im Hochschulbereich können 2014 13 Partnerschaften gefördert werden. Zudem sind die in „Erasmus+“ ausgeschrieben Wissensallianzen, die „Erasmus Mundus Joint Master Degrees“ und ab 2015 auch die Kapazitätsaufbauprojekte sehr gut geeignet, die strategische Internationalisierung der Hochschulen sowie die Zusammenarbeit mit Drittstaaten (nunmehr sogenannte Partnerländer) außerhalb Europas voranzutreiben. Für die optimale Positionierung deutscher Hochschulen im europäischen Wettbewerb um die erfolgreiche Beantragung in diesen Programmlinien hat die vom BMBF ko-finanzierte Nationale Agentur beim DAAD im Berichtszeitraum intensive Informations- und Beratungsarbeit geleistet. Insgesamt nehmen über 3.000 Hochschulen aus Europa, darunter mehr als 300 aus Deutschland, an „Erasmus+“ teil.

f) Berufliche Bildung und Weiterbildung

Die Förderung der Mobilität zu Lernzwecken ist ein zentrales Element zukunftsorientierter Berufsbildungspolitik. Auslandsaufenthalte im Rahmen der Aus- und Weiterbildung tragen dazu bei, berufliche Kompetenzen zu vertiefen und Sozialkompetenzen, Sprachkenntnisse und Kulturbewusstsein zu verbessern. Dabei ist es

wichtig, junge Menschen früh für grenzüberschreitende Begegnungen zu sensibilisieren. „Erasmus+“ ermöglicht auch Auszubildenden sowie Graduierten bis zu einem Jahr nach Abschluss der Ausbildung berufliche Auslandserfahrungen in einem der 33 teilnehmenden europäischen Länder zu sammeln. Darüber hinaus können sich Ausbilder, Ausbildungsverantwortliche und Berufsschullehrer/innen im Rahmen des Programms im Ausland fortbilden oder dort unterrichten bzw. selbst als Ausbilder tätig werden. 2014 konnten alleine aus Deutschland über 22.000 Teilnehmende (18.000 Auszubildende und 4.000 Ausbildungspersonal) gefördert werden.

Mobilität im Rahmen von bilateralen Austauschprogrammen in der beruflichen Bildung fördert das BMBF mit Frankreich und Israel. Diese Austauschmaßnahmen basieren auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und sind gekennzeichnet durch eine intensive Vor- und Nachbereitung sowie Betreuung vor Ort. Etwa 3.000 deutsche und französische Auszubildende konnten in 2014 im Rahmen des Austauschprogramms an einem beruflichen Aufenthalt im Partnerland teilnehmen. Das Austauschprogramm mit Israel wird, ebenso wie das „EU-Programm „Erasmus+“ über die Nationale Agentur beim BIBB durchgeführt. Im Jahr 2014 haben je 15 deutsche und israelische Auszubildende einen Lernaufenthalt im jeweils anderen Land realisiert. Darüber hinaus werden im Rahmen des Deutsch-Israelischen Programms Studienbesuche von Berufsbildungsexperten, Projektteamkooperationen und Fachkonferenz realisiert.

Das Europäische Zentrum für die Berufe in der Denkmalpflege in Thiene (Italien) bietet theoretische und praktische Weiterbildungen an (in vier Sprachen – Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch) und fördert den Dialog zu Konzepten und Herausforderungen in der europäischen Denkmalpflege. 2014 förderte das BMBF zehn hochqualifizierte Gesellen und Meister aus Deutschland und vergab Stipendien für eine dreimonatige gewerkeübergreifende Fortbildung in Thiene.

Zur Förderung der Auslandsmobilität zu Lernzwecken existiert darüber hinaus eine Vielzahl von Programmen, Stipendien und Unterstützungsstrukturen. Häufig sind die verfügbaren Informationen jedoch nicht zielgruppengerecht aufgearbeitet oder nur unzureichend nach beruflichem Weiterbildungsbedarf differenzierbar. Da Vorbereitung und Information wichtige Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung von Mobilitätsphasen sind, ist die Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS, zuvor: „Informations- und Beratungsstelle für Praxiserfahrung im Ausland“) seit 1987 als zentrale deutsche Serviceeinrichtung für Fragen rund um Auslandsqualifizierung tätig. Seit 2013 ist die Informations- und Beratungsstelle bei der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) angesiedelt (www.go-ibs.de). Im Auftrag des BMBF bietet die IBS einen Überblick über die Vielzahl von Stipendienangeboten und Fördermaßnahmen, die Mobilität zu Lernzwecken unterstützen. Die Beratung richtet sich sowohl an Einzelpersonen als auch an Unternehmen und Institutionen. Bis Ende 2014 führte die IBS über 2.000 telefonische Beratungen durch und beantwortete rund 1.000 schriftliche Anfragen. Die Zahl der Anfragen von Bildungsinteressierten, Multiplikatoren und Berater/innen nahm stetig zu. Schwerpunkte der Arbeit liegen auf der telefonischen Erstberatung, dem Aufbau einer Datenbank mit Programmen und Stipendien für berufliche Lernaufenthalte im Ausland sowie der Vernetzung, der Veranstaltungsteilnahmen und dem fachlichen Austausch.

Neben der Mobilität zu Lernzwecken entwickelt sich die Berufsbildungsk Kooperation zur Begleitung von Reformen der Berufsbildungssysteme in Partnerländern weiterhin dynamisch. In hochrangigen bilateralen Arbeitsgruppen zur beruflichen Bildung unter Leitung des BMBF stimmen Vertreter/innen der deutschen Regierung sich mit denen zahlreicher Partnerländer ab, erstellen Roadmaps und führen Pilotprojekte durch zur Begleitung von Reformen in der Berufsbildung. Diese Maßnahmen wirken dem Fachkräftemangel auch deutscher Unternehmen im Ausland entgegen und tragen zudem dazu bei, den Export von deutschen Bildungsdienstleistungen zu fördern.

Im Berichtszeitraum wurden neue Kooperationsvereinbarungen mit Korea und Ecuador geschlossen sowie die laufende deutsch-chinesische Berufsbildungsallianz für weitere drei Jahre verlängert. Für 2015 werden weitere neue Kooperationsvereinbarungen mit Thailand, Mexiko und den USA erwartet. Das BMBF unterhält dann insgesamt 18 Kooperationsvereinbarungen mit Partnerländern in Europa und weltweit.

Zur Unterstützung der Kooperationen vor Ort hat das BMBF 2013 das Projekt *VETNET* beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag gestartet und unterstützt in elf Kooperationsländern die Außenhandelskammern dabei, Berufsbildungskompetenzen und -netzwerke auf- bzw. auszubauen. Die Außenhandelskammern erfüllen wesentliche Aufgaben zur Unterstützung der Berufsbildungsk Kooperationen und fungieren als Schnittstelle zur Wirtschaft.

Die seit September 2013 mit BMBF-Mitteln finanzierte Zentralstelle für internationale Berufsbildungszusammenarbeit am BIBB tritt seit 2014 unter dem Namen „GOVET“ (German Office for Vocational

Education and Training) auch international auf. Aufgabe von GOVET ist es, als Anlaufstelle für Interessenten aus aller Welt an dem deutschen dualen Berufsbildungssystem zu dienen und die bilateralen Berufsbildungs Kooperationen des BMBF zu unterstützen. Das BMZ (über die GIZ) und das Auswärtige Amt unterstützen GOVET durch Personalentsendungen. Monatlich erreichen GOVET mehr als 70 Anfragen zur Berufsbildungszusammenarbeit und zum Dualen System, zahlreiche ausländische Delegationen wurden zum Dualen System und der Rolle des BIBB empfangen und informiert.

Der Runde Tisch zur internationalen Berufsbildungs Kooperation hat sich seit seiner Etablierung auf der Grundlage des Strategiepapiers zur „internationalen Berufsbildungs Kooperation aus einer Hand“ von 2013 bewährt. Organisiert durch die Zentralstelle, tagt er unter Federführung des BMBF regelmäßig alle sechs Wochen auf Ressortebene und darüber hinaus vier Mal im Jahr auf Arbeitsebene und zwei Mal auf Ebene der Staatssekretäre. Neben der Abstimmung für einen kohärenten Auftritt in der internationalen Berufsbildungs Kooperation werden auch grundsätzliche Themen unter internationalem Blickwinkel diskutiert. Der Runde Tisch fördert das gemeinsame Handeln der Bundesressorts. Zudem werden am Runden Tisch Positionen zu einzelnen Aspekten der Berufsbildungszusammenarbeit entwickelt.

Die BMBF-Initiative „iMOVE“ (International Marketing of Vocational Education) ist als Daueraufgabe in das BIBB integriert worden. Sie unterstützt von dort aus weiterhin Unternehmen beim Ausbau und der Professionalisierung ihrer internationalen Aktivitäten und wirbt mit dem Motto „Training – Made in Germany“ im Ausland für deutsche Kompetenz in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Damit steht sowohl deutschen Anbietern von Bildungsdienstleistungen als auch ausländischen Interessenten ein zentraler Ansprechpartner zur Verfügung. Einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Aktivitäten von iMOVE bietet auch der Jahresbericht 2013 sowie das Internetportal www.imove-germany.de.

„Viele Partner in der Welt lassen sich vom Ansatz der dualen Ausbildung inspirieren und entwickeln ähnliche Ideen. Sie dabei zu unterstützen, ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung.“

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier als Schirmherr des Wettbewerbs „Beruf macht Schule“ in seinem Grußwort.

An Deutschen Auslandsschulen werden derzeit weltweit 13 Berufsbildungszweige betrieben: in Buenos Aires (Villa Ballester), Guatemala, La Paz, Lima, Santiago, Quito, São Paulo (Humboldtschule) und Hongkong besteht jeweils ein dualer Berufsbildungszweig mit meist zweijähriger Ausbildung in kaufmännischen Berufen. In Madrid und Barcelona gibt es duale Berufsschulen („Formación Empresarial Dual Alemana - FEDA“) als eigenständige Deutsche Auslandsschulen. Diese Schulen vermitteln in Zusammenarbeit mit der lokalen AHK einen anerkannten beruflichen Bildungsabschluss und das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz. Seit Anfang 2014 läuft ein vom Auswärtigen Amt und von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) gefördertes Pilotprojekt zur Eröffnung eines neuen dualen Berufsschulzweigs an Deutschen Schule Thessaloniki. An den Schulstandorten in Brüssel, Tokio und Alexandria („Deutsche Schule der Borromäerinnen“) führt die Fachoberschule nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife. Damit wird der Auftrag des Koalitionsvertrages umgesetzt und dem im Ausland gestiegenen Interesse am dualen Ausbildungssystem durch den Aufbau von beruflichen Abteilungen an einigen Deutschen Auslandsschulen Rechnung getragen. Die besten Berufsbildungsprojekte im deutschen Auslandsschulwesen werden anlässlich eines vom Auswärtigen Amt ausgelobten Wettbewerbs „Beruf macht Schule“ prämiert.

In der deutschen Entwicklungspolitik hat die berufliche Bildung in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen, was sich in den Zusagen des BMZ deutlich widerspiegelt. Seit 2009 wurden die Zusagen fast vervierfacht (von 2009 44,58 Mio. Euro auf 154 Mio. Euro in 2014). Damit ist Deutschland zurzeit weltweit der mit Abstand wichtigste bilaterale Geber in der beruflichen Bildung; die deutschen ODA-Mittel für Berufsbildung überstiegen in den vergangenen Jahren sogar die entsprechenden Beiträge der Weltbank und der Europäischen Kommission. Schwerpunkte des Engagements des BMZ in der beruflichen Bildung sind die Qualifizierung in der informellen Wirtschaft, berufliche Bildung im ländlichen Raum sowie im Kontext von fragiler Staatlichkeit, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Bildungsfinanzierung. Entwicklungspolitisches Leitbild ist hierbei das lebenslange Lernen.

Im Jahr 2014 unterhielt das BMZ 52 bilaterale Kooperationen in der beruflichen Bildung mit 47 Entwicklungsländern. Neben diesen bilateralen Vorhaben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit förderte das BMZ Projekte der Kirchen und privaten Träger. Darüber hinaus unterstützt es die sogenannten Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft sowie die Berufsbildungspartnerschaften. 2014 förderte das BMZ insgesamt 193 Vorhaben in 61 Ländern. Regionale Schwerpunkte sind dabei Asien und Afrika.

3. Schwerpunkte im Bereich „Kooperation und Dialog“

a) Transformationspartnerschaften für den demokratischen Wandel und Islamdialog

Angesichts der Umbrüche in der arabischen Welt engagierte sich die Bundesregierung im Rahmen der Transformationspartnerschaften auch im Berichtszeitraum in Nordafrika und dem Nahen Osten, um die gesellschaftlichen Bemühungen für den demokratischen Wandel zu unterstützen. Während der Haushaltsjahre 2012 und 2013 hatte der Deutsche Bundestag bereits jeweils 20 Mio. Euro für Stipendienprogramme, Bildungspartnerschaften und kulturelle Zusammenarbeit sowie jeweils 30 Mio. Euro für Maßnahmen im politischen und wirtschaftlichen Bereich bewilligt. Auch im vergangenen Jahr konnten für Stipendien, Bildungs-, Medien- und Kulturarbeit erneut Projekte in einer Höhe von 20 Mio. Euro realisiert werden. Dabei handelt es sich um Projekte in den Feldern der Hochschulzusammenarbeit, der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, von Medienkooperationen, der Aus- und Weiterbildung von Kultur- und Medienschaffenden sowie des Kulturerhalts und des Jugendaustausches. Ein beeindruckendes Beispiel für die Wirkungskraft gezielt eingesetzter Förderung bietet u. a. das Projekt „Frauenstimmen“ der DW-Akademie, welches in Workshops engagierten Journalistinnen nicht nur Kenntnisse zur redaktionellen Verantwortung vermittelt, sondern ihnen auch die Werkzeuge zur aktiven Gestaltung des Arbeitsalltags und der Artikulation einer gleichberechtigten Stimme in der Redaktion an die Hand gibt.

Der Dialog zwischen Deutschland und der islamisch geprägten Welt ist seit 2002 ein wichtiger Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik. Seither gibt es im Auswärtigen Amt einen „Beauftragten für den Dialog zwischen den Kulturen“. Über das Auswärtige Amt beteiligt sich Deutschland aktiv an den internationalen Bemühungen um den interkulturellen Dialog und fördert Projekte in den Bereichen Bildung, Jugendarbeit, Medien, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte (insb. Meinungs- und Religionsfreiheit). Gerade in Zeiten des Umbruchs und fehlender Stabilität ist die zum Teil vorhandene Ablehnung politischer Konzepte und Werte wie Demokratie, Menschenrechte oder Pluralismus sowie die Instrumentalisierung von Religion problematisch für die politischen Dynamiken in der islamischen Welt. Diesen Entwicklungen will der Islamdialog entgegenwirken. Antiwestliche Feindbilder, die in Teilen der islamischen Welt Nährboden finden und einer konstruktiven Zusammenarbeit im Wege stehen, sollen durch Projekte mit der Zivilgesellschaft abgebaut werden.

Im Zentrum des Islamdialogs steht stets der Dialog zwischen Menschen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in der arabischen Welt, die aufgrund ihrer Komplexität und Dynamik eine besondere Herausforderung darstellen, stand insbesondere die Frage des friedlichen Zusammenlebens von Christen und Muslimen im Vordergrund. Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier traf im November 2014 mit Patriarchen der christlich-orientalischen Kirchen zusammen und unterstrich dadurch die Unterstützung der Bundesregierung für diese religiöse Minderheit in der Region Nordafrika/Nahost. Ebenfalls im November 2014 fand unter Leitung von Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer eine Tagung mit christlichen und muslimischen Religionsführern aus Syrien über die (religions-)politischen Perspektiven der Entwicklung des Syrienkonfliktes statt.

b) Afrika, insb. „Aktion Afrika“

Am 21. Mai 2014 beschloss das Bundeskabinett die vom Auswärtigen Amt vorgelegten „Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung“. Das Dokument setzt ein klares Zeichen: weg von negativen, vorurteilsgeprägten Schablonen („Afrika als Krisenherd“), hin zu einer differenzierten Wahrnehmung des Nachbarkontinents Europas. Das heißt: Chancen erkennen, wo sie bestehen, aber auch Risiken und Gefahren benennen, wenn sie entstehen. Das bedeutet aber auch, zwischen den verschiedenen Regionen, Kulturen und Geschichten zu differenzieren. Afrika ist kein einheitlicher Block, sondern ein Kontinent der Vielfalt. Die bereits 2008 von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier ins Leben gerufene Initiative „Aktion Afrika“ ist das richtige Instrument, um die Ideen der afrikapolitischen Leitlinien auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu übertragen. Das bedeutet für die kommenden Jahre: 1. Förderung gleichberechtigter deutsch-afrikanischer Koproduktionen im Kulturbereich. 2. Konzentration der Kulturarbeit auf Schlüsselländer und -regionen. 3. Sensibilisierung der Bevölkerung in Deutschland für unser Interesse an Afrika – und für das steigende Interesse Afrikas an Deutschland.

Auf der Grundlage der afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2014 die Afrika-Strategie 2014 bis 2018 veröffentlicht. Eine der zwei Säulen stellen dabei Bildungsaktivitäten mit afrikanischen Partnern dar. Das BMBF und die deutschen Mittlerorganisationen DAAD und AvH achten darauf, dem „brain drain“ zugunsten eines „brain gain“ entgegenzuwirken. BMBF begleitet die Bestrebungen der afrikanischen Staaten zur Entwicklung eines afrikanischen Hochschul- und Forschungsraums. U. a. unterstützt das BMBF einen Forschungslehrstuhl am westafrikanischen African Insti-

tute for Mathematical Science (AIMS) im Senegal. Insgesamt plant die AIMS-Next Einstein Initiative 15 Institute in Afrika.

Im Berichtszeitraum gab es eine Reihe von Veranstaltungen, die Afrika in den Fokus nahmen. Im Berliner Haus der Kulturen der Welt fand vom 27. bis 31. August 2014 das Festival „20 Jahre Demokratie in Südafrika“ mit Lesungen, Konzerten, Filmscreenings und Paneldiskussionen statt. Die Kap-Nation präsentierte sich hier als kulturell enorm vielfältig und politisch engagiert, als ebenso selbstbewusst wie selbstkritisch. Konzipiert wurde das Festival in enger Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Haus der Kulturen der Welt und der Botschaft der Republik Südafrika in Deutschland. Parallel dazu organisierte die Deutsche Botschaft in Pretoria unter dem Motto „20 Jahre Ende Apartheid / 25 Jahre Fall der Mauer“ eine Veranstaltungsreihe, die die enge Verwobenheit dieser beiden weltgeschichtlichen Ereignisse beleuchtete. Eines der Highlights war eine viel beachtete Vortragsreise des letzten Außenministers der DDR, Markus Meckel, mit Stationen u. a. im Johannesburg Township Soweto und an mehreren renommierten südafrikanischen Universitäten.

Ein weiterer Schwerpunkt der „Aktion Afrika“ lag auf der boomenden afrikanischen Kunstszene. So wurde im Jahr 2014 die Internetplattform „Contemporary&“ des Instituts für Auslandsbeziehungen ausgebaut. „Contemporary&“ ist seit dem Start 2013 zu einem international etablierten Aushängeschild des globalisierten, von Migration und Diaspora geprägten afrikanischen Kunstdiskurses geworden: www.theguardian.com und andere wichtige Webseiten übernehmen regelmäßig Artikel.

Ein weiterer Höhepunkt im Rahmen der „Aktion Afrika“ 2014 war der Wettbewerb für ein Kunstwerk im öffentlichen Raum am Friedens- und Sicherheitsgebäude der Afrikanischen Union in Addis Abeba. Das Gebäude ist derzeit im Bau und wird mit Mitteln des Auswärtigen Amts finanziert. Gewinner des im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Auslandsbeziehungen durchgeführten Wettbewerbs ist der nigerianische Klangkünstler Emeka Ogboh. Er wird in Abgrenzung von der monumentalen Tradition öffentlicher Kunstwerke eine neue Form des Ephemereren erschaffen: eine Klanginstallation mit mehreren „Hörstationen“, die die Straßen Addis Abebas mit dem umzäunten Gelände der Afrikanischen Union verbindet – und damit die Zivilgesellschaft mit der bedeutendsten multilateralen Organisation des Kontinents. Im Einklang mit dem Grundgedanken der Ko-Produktion setzte sich die Wettbewerbsjury aus Kunstexperten aus allen Regionen Afrikas zusammen.

Vom 16. bis 18. März 2014 fand in Berlin die Veranstaltung „Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit in Bildung und Forschung“ des BMBF statt. Rund 450 deutsche und afrikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiteten in Fachworkshops zusammen. Die Fachworkshops dienten u. a. der Bearbeitung spezifisch bildungsrelevanter Fragestellungen sowie der Vernetzung der Experten untereinander.

Veranstaltungen wie diese zeigen: Subsahara-Afrika ist auch ein Bildungswachstumsmarkt. Es hat die jüngste Bevölkerung weltweit, 43% sind unter 15 Jahre alt, 60% jünger als 25 – das Reservoir für tertiäre Bildung ist entsprechend groß und wird bislang zu wenig ausgeschöpft. Viele afrikanische Staaten setzen daher auf eine massive Erhöhung der Studenten- und Doktoranzahlen. Diese Strategie ist ehrgeizig und bietet allein aufgrund der bloßen Zahlen ein enormes Potential, wirft aber in der Praxis Fragen der vorhandenen Kapazitäten, der Finanzierung und der Qualitätssicherung auf. Dessen ungeachtet wächst die wissenschaftliche Produktion: Von 1996 bis 2012 vervierfachte sich laut der African Academy of Sciences die Zahl der in internationalen Publikationen veröffentlichten Beiträge, an denen mindestens ein afrikanischer Autor beteiligt war, von 12.500 auf über 52.000.

Ein Forum des fruchtbaren Austauschs für afrikanische Forscherinnen und Forscher bot das Humboldt-Kolloquium im März 2014 in Nairobi. Nach Ansicht der Teilnehmer gibt es insbesondere beim Transfer von Grundlagenforschung in praktische und gewinnbringende Anwendungen große Chancen, aber auch großen Nachholbedarf in der Region. Fazit: Das Potential ist da, aber es wird zu wenig genutzt. Mit ihren Forschungsstipendien und -preisen sowie ihren Netzwerkveranstaltungen leistet die Alexander von Humboldt-Stiftung einen Beitrag zur besseren Nutzung der vorhandenen Chancen. Kooperationspartner des Treffens waren der Deutsche Akademische Austauschdienst, die kenianische National Commission for Science, Technology and Innovation und The World Academy of Sciences.

Die hohe Bedeutung Afrikas für die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zeigte sich auch bei der jüngsten Afrikareise Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeiers vom 18. bis zum 23. Februar 2015 mit Stationen in der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda und Kenia.

Höhepunkt der Reise war eine gemeinsam von Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Goethe Institut und dem Auswärtigen Amt organisierte Veranstaltung am 22. Februar 2015 im kenianischen Nationalmuseum Nairobi, bei der die Kulturdelegation gemeinsam mit kenianischen Intellektuellen und Künstlern das Konzept des

Humboldt-Forums diskutierte. Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prof. Dr. Dr. Hermann Parzinger, und der Präsident des Goethe-Instituts, Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann, stellten dieses „herausragendste kulturpolitische Projekt Deutschlands“ vor. Das ambitionierte Vorhaben will ein Forum für die Selbstdarstellung außereuropäischer Kulturen in der Mitte der Deutschen Hauptstadt schaffen und versteht sich explizit als Kristallisationspunkt der Weltkulturen und führender Ort der transkulturellen Begegnung und der gegenseitigen Infragestellung historisch gewachsener kultureller Selbstverständnisse. Die Eröffnung ist für 2019 geplant. In einer angeregten Diskussion wurden produktiv Lob und Kritik am Konzept geäußert. So warnte die bedeutende kenianische Kulturkritikerin Joyce Nyairo davor, keinen „asymmetrischen Dialog“ zwischen deutschen Initiatoren und afrikanischen Partnern entstehen zu lassen. Prof. Dr. Martin Roth, der Direktor des Victoria and Albert Museum London, mahnte an, dass das Humboldt Forum kein „thing (sic!) tank“, kein bloßer Aufbewahrungsort musealer Objekte, sondern ein echter „think tank“, ein Ort der Reflektion und der Neubewertung kultureller Narrative, werden müsse. Mit der Veranstaltung in Nairobi zeigte sich, dass die Debatte über das Humboldt-Forum nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch im Ausland geführt werden muss, um den zentralen Gedanken der kulturellen Ko-Produktion mit Leben zu füllen. In seiner Rede unterstrich Außenminister Steinmeier die großen kulturpolitische Bedeutung des Humboldt-Forums: „Nur, wenn wir die Geschichte und die kulturellen Narrative des anderen verstehen lernen, können wir seine politische Realität verstehen und eine gemeinsame und friedliche Zukunft aufbauen.“

„Afrika ist reich! Ob es um Klimawandel, Ernährung oder pflanzliche Wirkstoffe für Medikamente geht – all das ist auch für Forscher aus Europa oder den USA interessant, und hier in Afrika lässt es sich erforschen. Wir sollten uns deshalb fragen, wie wir mehr Forscher und Studenten aus dem Norden zu uns holen können.“

Tsige Gebre-Mariam, Professor für Pharmazie aus Addis Abeba

c) UNESCO

Das Auswärtige Amt richtete zusammen mit der Deutschen UNESCO-Kommission vom 30. bis 31. Januar 2014 die Gründungstagung des UN Scientific Advisory Board (UN-SAB) aus, welches den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Spitzen der VN-Organisationen in übergreifenden Fragen der Wissenschaft, insbesondere zu Nachhaltigkeitsfragen, berät. Die 26 Mitglieder des Gremiums bilden das kollektive Wissen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen ab. Im Juli 2014 stellte das deutsche Mitglied des Advisory Boards, Prof. Dr. Jörg Hackler, zusammen mit der UNESCO-Generaldirektorin Irina Bokova das erste Papier zur Bewertung der Nachhaltigen Entwicklungsziele in New York vor. In seiner Funktion als wissenschaftlicher Politikberater steht Prof. Dr. Hackler in engem Kontakt mit den deutschen Mittler- und Förderorganisationen und wird in dieser Funktion durch das BMBF unterstützt.

Am 10. Juli 2013 trat das UNESCO-Übereinkommen „Immaterielles Kulturerbe“ in Deutschland in Kraft. Nach bundesweitem Aufruf wurde aus über 130 eingegangenen Vorschlägen durch ein Expertenkomitee die „Genossenschaftsidee“ zur Nominierung für die internationale „Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit“ ausgewählt. Die Nominierung wird 2015 bei der UNESCO eingereicht und liegt im Jahr 2016 dem zwischenstaatlichen Komitee zur Entscheidung vor.

Im Juli 2014 wurde Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer zur Präsidentin des UNESCO-Welterbekomitees gewählt. Die Reform der geltenden UNESCO-Regeln für die Evaluierung und Nominierung von Welterbestätten bildet einen zentralen Programmschwerpunkt ihrer einjährigen Amtszeit. Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer hat die Leitung einer Arbeitsgruppe übernommen, die im Auftrag des UNESCO-Welterbekomitees entsprechende Reformvorschläge erarbeiten soll. Die Vorschläge werden auf der kommenden 39. Sitzung des UNESCO-Welterbekomitees vorgelegt, das vom 28. Juni bis 8. Juli 2015 in Bonn tagen wird. Ein weiterer, ebenfalls zentraler Programmschwerpunkt von Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer liegt auf der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zum Erhalt und Schutz von Kulturgütern und Welterbestätten, insbesondere in Krisensituationen und bewaffneten Konflikten.

Am 9. Juli 2014 unterzeichnete Deutschland den Gründungsvertrag des „Internationalen Zentrums für Wasserressourcen und globalen Wandel“, welches unter der Schirmherrschaft der UNESCO steht und in Koblenz angesiedelt ist. Der Forschungsschwerpunkt wird hier auf die Auswirkungen des Klimawandels, des Bevölkerungswachstums, der Verstädterung, der Wüstenbildung sowie die steigenden Bedürfnisse der Landwirtschaft auf Verfügbarkeit und Qualität von Wasser gelegt.

Nach der nationalen Konferenz zum Abschluss der VN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom 29. bis 30. September 2014 in Bonn folgte die Weltkonferenz zu diesem Thema vom 10. bis 12. November

2014 in Nagoya (Japan), zur Vorbereitung der nächsten Dekade. Beide Konferenzen erfolgten unter Teilnahme der Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen (BMBF).

Im Aufgabengebiet Bildung der UNESCO nimmt die „Bildung für Alle“ (Education for All – EFA)-Initiative aus dem Jahr 2000 einen wichtigen Platz ein. Ihre sechs Ziele haben für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit als Zielrahmen Relevanz. Das BMZ hat die UNESCO bei ihrer Mandatswahrnehmung unterstützt, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Debatte um die Zukunft von EFA und Bildungsziele in einer zukünftigen übergeordneten Agenda für nachhaltige Entwicklung, die von den Vereinten Nationen geleitet wird. Daneben steht die finanzielle und inhaltliche Beteiligung am jährlichen erscheinenden EFA-Weltbildungsbericht. Zur Unterstützung von EFA wurde im Jahr 2002 die EFA Fast Track Initiative, heute Global Partnership for Education (GPE) ins Leben gerufen; das BMZ leistete 2013 und 2014 einen finanziellen Beitrag in Höhe von jeweils 7 Mio. Euro.

4. Schwerpunkte im Bereich „Deutschlandbild im Ausland“

Kernbotschaften der Deutschlandkommunikation 2014

- Demokratie – unser Weg, unser Ziel: Deutschlands Erfahrung verpflichtet zum weltweiten Einsatz für Menschenrechte, Frieden und Sicherheit
- Europa – unsere Zukunft: Solidarisch, solide und dynamisch wollen wir in und mit Europa in der neuen Kräfteordnung der Welt bestehen
- Made in Germany - unsere Marke: Qualität, Nachhaltigkeit, Internationalität und die Soziale Marktwirtschaft sind unsere Erfolgsmerkmale. Deutschland ist ein verantwortungsbewusster Partner in der Globalisierung.
- Innovationskraft - unser Potenzial: Deutschland ist ein Land der Ideen. Wir brauchen die Neugier und Kreativität unserer Bürgerinnen und Bürger und Partner aus aller Welt.

Ein zentraler Schwerpunkt der Deutschlandkommunikation 2014 war es, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im heutigen Deutschland darzustellen und den deutschen Einsatz für Menschenrechte, Frieden, Sicherheit und europäische Zukunft zu verdeutlichen. Weltweit haben die deutschen Auslandsvertretungen dabei die von der Bundesstiftung Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt erstellte Ausstellung „Demokratie und Diktatur im Zeitalter der Extremen“ gezeigt und in auf das jeweilige Gastland zugeschnittene Veranstaltungen eingebunden. Einen besonderen Stellenwert nahm der Film „Zug in die Freiheit“ ein. Die Ausstrahlung dieses Films, dessen Premiere am 29. September 2014 in der Botschaft Prag stattfand, wurde begleitet von einer eigens hierfür entwickelten, mehrwöchigen Kampagne in den sozialen Medien. Zudem wurde ein umfangreiches Bildungspaket zusammengestellt, das über die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen weltweit verbreitet wurde. Zum Themenkomplex „Erinnern und Gedenken“ wurden verschiedene Besucher- und Vortragsreisen durchgeführt. Eine Sonderausgabe des Magazins DE, ein Themendossier auf www.deutschland.de und eine Reihe internettauglicher Kurzfilme rundeten die Aktivitäten zum Gedenkjahr ab, die auf weltweite positive Resonanz stießen.

Als die mit Abstand herausragenden Ereignisse und positivsten Anknüpfungspunkte für die Deutschlandkommunikation erwiesen sich im Jahr 2014 das hervorragende Auftreten und Abschneiden der deutschen Elf bei der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien und das 25. Jubiläum des Mauerfalls. Beide Ereignisse dürften dazu beigetragen haben, dass sich im Nation Brands Index (NBI), der im November 2014 veröffentlicht wurde, die Wahrnehmung Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr in den Kategorien Kultur (Platz 1) und Bevölkerung (Platz 3) deutlich verbessert hat und Deutschland nach sechs Jahren wieder den ersten Platz in der Gesamtwertung des Nation Brands Index (NBI) belegt. Ein sehr gutes Image wird Deutschland im NBI 2014 auch in den Bereichen Qualität der Produkte, Arbeitnehmerfähigkeit, Lebensqualität und Regierungsführung bescheinigt. Auch beim BBC-Country Ratings Poll, der die Qualität des Einflusses eines Landes zu messen versucht, erzielte Deutschland 2014 erneut den ersten Platz (insgesamt zum sechsten Mal).

Vom enormen Rückenwind, den der Erfolg der deutschen Fußballnationalmannschaft dem Deutschlandbild in vielen Ländern gab, zeugt besonders eindrucksvoll die Rezeption in der traditionell deutschlandkritischen britischen Presse: Deutschland sei tolerant, weltoffen, aufgeschlossen und bescheiden. Die Financial Times sah in der deutschen Nationalmannschaft ein Symbol für das Zusammenwachsen und die Erneuerung Deutschlands. Von einem sympathischen, einschließenden Patriotismus war die Rede. Auch aus anderen Ländern berichteten die Auslandsvertretungen von einer Welle der Sympathie für Deutschland und großem Anklang der gezielten Aktivitäten der Auslandsvertretungen. So kamen zum gemeinsamen Public Viewing der

Botschaft Tokio mit dem Goethe-Institut 900 japanische Fußballinteressierte, japanische Medien berichteten ausführlich über Deutschland und über die Facebook-Seite der Botschaft wurden mehr als 100.000 Personen erreicht. Auch unabhängig vom Fußball berichtete die ausländische Presse positiv und anerkennend über Deutschland. Im britischen *The Guardian* hieß es beispielsweise zur deutschen Art des Kapitalismus, es sei „okay, Deutschland zu mögen“; „Deutschland ist heiß“ lautete der Titel einer schwarz-rot-goldenen Wochenendbeilage in Schweden.

Trotz dieser Erfolge gilt festzuhalten: Auch der Nations Brand Index 2014 bestätigt erneut, dass das Deutschlandbild im Ausland im internationalen Vergleich vor allem in Bezug auf Willkommenskultur, Immigration und Tourismus nach wie vor Defizite aufweist. Insbesondere vor dem Hintergrund des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziels einer Verbesserung der Willkommens- und Anerkennungskultur insgesamt stellt diese Analyse auch eine Herausforderung für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und unsere Auslandskommunikation dar.

Exkurs: Neuaufstellung der Deutschen Welle

2014 hat die Deutsche Welle begonnen, eine strukturelle Neuaufstellung und die dafür erforderlichen Anpassungen an die internationalen Herausforderungen der Zukunft in die Wege zu leiten. In der Aufgabenplanung 2014-2017, die auch der Deutsche Bundestag am 18. Dezember 2014 zur Kenntnis genommen hat, stellt sie sich der zunehmenden Digitalisierung, der sich verschärfenden internationalen Medienkonkurrenz und der Tatsache einer Vielzahl von Krisenherden auf der ganzen Welt. Sie gibt auch anderen internationalen Sichtweisen ein Forum zu politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Themen und trägt damit ganz wesentlich und vor ihrem eigenen Leitbild zur Verständigung und zum Austausch der Kulturen und Völker bei. Das Auswärtige Amt hat im Rahmen der Aufgabenplanung insbesondere Beratung bei der außenpolitischen Folgeabschätzung geleistet und die Deutsche Welle vor allem bei Entscheidungen zur Beibehaltung diverser Sprachprogramme eng begleitet.

5. Regionale Schwerpunkte

Der Berichtszeitraum war auch durch Krisen in einigen Ländern und Regionen geprägt, denen die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik besondere Aufmerksamkeit widmete.

a) Ukraine und andere Länder der östlichen Partnerschaft

Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit ist ein durch den „Review-Prozess“ beförderter neuer Schwerpunkt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Der Deutsche Bundestag unterstützte diese Neuausrichtung u. a. dadurch, dass er für das Haushaltsjahr 2014 5 Mio. Euro Sondermittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zum Ausbau der Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaften der Ukraine, der Republik Moldau, Georgiens und Belarus bewilligt hat.⁸ Das Auswärtige Amt rief daraufhin Mittlerorganisationen, Stiftungen und andere Akteure der deutschen Zivilgesellschaft auf, Projektideen einzureichen. Insgesamt gingen bis Ende Juni mehr als 200 Förderanträge mit einem beantragten Fördervolumen von über 12 Mio. Euro ein. Diese hohe Zahl an positiven Rückmeldungen innerhalb sehr kurzer Frist unterstreicht das Engagement und Potenzial der Akteure der deutschen Zivilgesellschaft und der Mittlerorganisationen, zur Stabilisierung der Region, vor allem der Ukraine, beitragen zu wollen. Politisches Leitmotiv war es, mit den eingesetzten Sondermitteln in Osteuropa den Pluralismus zu stärken, freiheitlich-demokratische Grundwerte zu vermitteln und jungen Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie sich am Aufbau ihres Landes beteiligen. Bei der raschen Umsetzung ging es dem Auswärtigen Amt darum, möglichst viele Menschen einzubinden, viele Akteure der deutschen Zivilgesellschaft ins Boot zu holen und den spezifischen Bedürfnissen der Region Rechnung zu tragen. Insgesamt konnten 82 Projekte gefördert werden, der Schwerpunkt lag in der Ukraine. Im Vordergrund stand dabei, die Zivilgesellschaften Deutschlands und Osteuropas aber auch die Gesellschaften innerhalb der Region stärker miteinander zu vernetzen und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, freier Medien und Begegnungsmöglichkeiten über nationale Grenzen hinweg zu unterstützen. Die Bandbreite der Maßnahmen reichte von Seminaren und Symposien über Journalistentrainings und Jugendbegegnungen, Ausbildung von Mediatoren und Schulungen im Rechtsbereich bis hin zu Open-Air Veranstaltungen und der Schaffung bürgerschaftlicher Strukturen.

⁸ Im Haushaltsjahr 2015 wird das Programm in größerem Umfang fortgesetzt.

Beispiele erfolgreicher Projekte:

- Mit der Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa fanden internationale Jugendforen in Kiew, Lemberg und Batumi mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Europa statt, die gemeinsam Auswege aus der politischen Krise in Osteuropa diskutierten.
- Über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ermöglichten die Sondermittel im Rahmen des Programms „Europeans for Peace“ zahlreiche Begegnungen von deutschen und ukrainischen Jugendlichen. Thematisch stand im Mittelpunkt, junge Menschen anzuregen, sich in Projektarbeit für demokratische Grundwerte, für Menschen- und Minderheitenrechte und für historische Verantwortung zu engagieren.
- Das Deutsch-Polnische und das Deutsch-Französische Jugendwerk organisierten zahlreiche trilaterale Austauschmaßnahmen mit der Ukraine, um so den europäischen Gedanken erfahrbarer zu machen.
- Die Deutsche Welle Akademie leistete Unterstützung bei der Umwandlung des staatlichen ukrainischen Rundfunks in eine öffentlich-rechtliche Medienanstalt. Damit wurde der Pluralismus im Land gestärkt.
- Das Goethe-Institut ermöglichte es jungen Kulturschaffenden aus der Region, sich durch ein Mobilitätsstipendium mit der deutschen Kulturszene zu vernetzen.

b) Naher Osten, insbesondere Syrien und Irak

Der Bürgerkrieg in Syrien und der Vormarsch der terroristischen Organisation ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien) in Syrien und im Irak haben im Berichtszeitraum alle Bereiche der deutschen Außenpolitik gefordert. Auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet in dieser krisengeschüttelten Region ihren Beitrag. Im Rahmen des „Review-Prozesses“ hat sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik mit Blick auf diese krisenspezifischen Herausforderungen neu ausgerichtet: Der Schutz der kulturellen Vielfalt und das friedliche Zusammenleben stehen im Vordergrund. Ganz besonders hier gilt es, die soziale Kraft von Kultur zu stärken und sozusagen an der Basis gesellschaftlichen Zusammenlebens zu arbeiten. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist in diesem Sinne Hilfe zu einer humaneren Gesellschaft und ausgeübte Humanität. So hat das Goethe Institut seine Bemühungen an Kulturarbeit in Flüchtlingscamps und mit „urban refugees“ verstärkt. Um das Entstehen einer „verlorenen Generation“ in Syrien zu bekämpfen hat das Auswärtige Amt gemeinsam mit dem Goethe-Institut und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst ein Maßnahmenpaket für syrische Flüchtlinge aufgelegt. Zu diesem gehörten Stipendienprogramme und Kulturprojekte, die durch das Goethe-Institut realisiert wurden. Die Stipendienprogramme finden sowohl in Deutschland als auch in der Region statt und sollen der Gefahr entgegenwirken, dass eine ganze Generation ohne akademische Bildung heranwächst. Durch das neu aufgelegte vom Auswärtigen Amt finanzierte Stipendienprogramm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes „Leadership for Syria“ wird 100 vom syrischen Bürgerkrieg Betroffenen ein Studium in Deutschland ermöglicht. Ein studienbegleitendes Weiterbildungsprogramm zu den Themen gute Regierungsführung, Zivilgesellschaft und nachhaltiges Projektmanagement soll die Studierenden in die Lage versetzen, einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau des künftigen Syriens zu leisten, wenn der Konflikt beigelegt ist. Zudem baut das AA die Zahl der regulären vom DAAD vergebenen Stipendien für Syrer aus. Neben Stipendien anderer Organisationen zum Studium in Deutschland werden Sur-Place-Stipendien der Deutschen Akademischen Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) über den UNHCR an syrische Flüchtlinge in der Region vergeben. Syrischen Flüchtlingen, die eine Aufnahmezusage erhalten hatten, wurden in Vorbereitung auf die Einreise nach Deutschland speziell auf sie zugeschnittene Sprachkurse angeboten, z. T. in Form von Familienkursen oder Sonderkursen für Kinder. Angehörige dieser Gruppe mit fortgeschrittenen Sprachkenntnissen erhielten zudem bei Bedarf Stipendien für die Teilnahme an ihren Vorkenntnissen entsprechenden regulären Sprachkursen des Goethe-Instituts. Darüber hinaus gab es Angebote zur Landeskunde und Förderunterricht für bildungsferne Gruppen sowie spezielle Angebote für Frauen. Das Projekt „Action for Hope“, das das Goethe-Institut im Libanon und in der Türkei entwickelt hat, umfasste traumatherapeutische Maßnahmen für durch den Bürgerkrieg traumatisierte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Des Weiteren wurden syrische Flüchtlingsgemeinschaften in der Organisation ihrer Gemeinschaft, in Kommunikations- und Konfliktlösungskompetenzen unterstützt und syrischen Kindern, Jugendlichen und Künstlern die Möglichkeit zur Entfaltung und Professionalisierung des eigenen kreativen Potenzials gegeben. Im Anschluss an ein Kolloquium der Evangelischen Akademie Loccum zu religionspolitischen Aspekten des Syrien-Konflikts fand am 6. November 2014 im Auswärtigen Amt eine eintägige Veranstaltung zum Thema: „Rebellion in Syrien – und was nun?“ statt, in der Experten aus der Region mit internationalen Kollegen die Perspektiven einer friedlichen Konfliktlösung und die Rolle der Religionsgemeinschaften Syriens diskutierten. Das Auswärtige Amt förderte auch eine Veranstaltung zur

Lage der aramäischsprachigen Gemeinschaft (syrische Christen) im Irak und in Syrien, die am 21./22. November 2014 in Konstanz stattfand. Im Anschluss an die Tagung wurden die geistlichen Würdenträger der syrischen Kirchen im Auswärtigen Amt von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier zu einem Gespräch empfangen. Bei dem im Berichtszeitraum angelaufenen Projekt „Syrian Heritage Archive Projekt“ wird erstmalig ein Register des syrischen Kulturerbes auf digitaler Basis erstellt. Hierbei werden zunächst die in den Archiven des Deutschen Archäologischen Instituts und des Berliner Museums für Islamische Kunst vorhandenen Informationen gesichtet und digital erfasst. In einem zweiten Schritt werden Informationen weiterer deutscher Wissenschaftseinrichtungen sowie internationale Forschungsdaten zu Syrien gesammelt. Die IT-Strukturen sind bewusst offen angelegt, um das Ergebnis nach Beendigung des Konflikts der syrischen Seite zur Verfügung zu stellen.

c) Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds

Bundespräsident Gauck hat sich während seines Griechenlandbesuchs im März 2014 klar zur politisch-moralischen Verantwortung Deutschlands für die Besatzungszeit von 1941 bis 1944 bekannt. Um diese Belastung der gegenseitigen Beziehungen aktiv anzugehen und eine historische Aufarbeitung weiter voranzubringen, ist 2014 ein Deutsch-Griechischer Zukunftsfonds eingerichtet worden, der für jenes Jahr mit 1 Mio. Euro dotiert wurde und auf Dauer angelegt ist. Hieraus sollen konkrete Einzelmaßnahmen – besonders mit den griechischen Opferdörfern und den jüdischen Gemeinden – als Gesten der Versöhnung sowie ausgewählte Projekte der Aufarbeitung finanziert werden, um eine gemeinsame Erinnerungskultur zu etablieren. Unter anderem ist bereits ein Förderprogramm des DAAD für wissenschaftliche Forschungsprojekte und Gastdozenturen eingerichtet worden, in dessen Rahmen die bilateralen Beziehungen der vergangenen 200 Jahre mit einem Schwerpunkt auf den Jahren 1941 bis 1944 näher untersucht werden sollen. Auch konnten erste Projektvorschläge der griechischen Opfergemeinden bewilligt werden.

d) Kulturakademie Tarabya

Auf dem Gelände der Historischen Sommerresidenz des deutschen Botschafters in der Türkei ist im Istanbuler Vorort Tarabya das Künstlerresidenzprogramm „Kulturakademie Tarabya“ untergebracht. Die Kulturakademie ist als Teil der deutschen Botschaft in Ankara eine Einrichtung der Bundesregierung. Das Auswärtige Amt und das Goethe-Institut teilen sich die Verantwortung für dieses zentrale Projekt im Rahmen der für Deutschland wichtigen Kulturbeziehungen zur Türkei. Das Goethe-Institut übernimmt dabei die kuratorische Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten und unterstützt diese beim Aufbau und der Pflege der Kontakte zur Kunst- und Kulturszene vor Ort. Die Kulturakademie wurde auf Initiative des Deutschen Bundestages und Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier ins Leben gerufen. Sie hat im Jahr 2012 ihre Arbeit aufgenommen. Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier besuchte die Akademie im Juni 2014 und hat deren Weiterentwicklung in Auftrag gegeben.

Am 26. November 2014 wurde die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer zur Vorsitzenden des Beirates der Kulturakademie gewählt. Bei der Weiterentwicklung der Kulturakademie stehen für den Beirat drei Herausforderungen im Vordergrund: Die Kulturakademie soll zu einem Ort werden, von dem Impulse ausgehen und der Kulturschaffende in ihrem kreativen Schaffen unterstützt. Zudem soll die Vielschichtigkeit des Tarabya-Stipendiums durch die weiterhin fortgesetzte Förderung auch bereits etablierter Künstlerinnen und Künstler gefördert werden und die Kulturakademie soll auch weiterhin ein lebendiges Zeichen für die enge deutsch-türkische Zusammenarbeit im Kulturbereich sein.

Stellvertretende Vorsitzende sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Monika Grütters, die Vizepräsidentin des Bundestages, Claudia Roth MdB und MdB Johannes Kahrs. Dem Beirat gehören ferner als Vertreter des Bundestages Rüdiger Kruse MdB, Ulla Schmidt MdB, Azize Tank MdB und Dagmar Wöhrl MdB an, zudem Dr. Andreas Görgen (Leiter der Abteilung für Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amtes), Michael Tietmann (Ministerialdirigent bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien) sowie der Generalsekretär des Goethe-Instituts Johannes Ebert an.

IV. Die Mittlerorganisationen und andere Einrichtungen der AKBP im Überblick

Goethe-Institut (GI)

Das 1951 gegründete GI ist die größte Mittlerorganisation innerhalb der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Zu seinem weltweiten Netz gehören u. a. 160 Institute im In- und Ausland sowie hunderte anderer Präsenzformen im Ausland. Grundlage der Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ist der Rahmenvertrag von 2004. Danach ist das Goethe-Institut mit der Förderung der deutschen Sprache im Ausland, mit der Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und der Vermittlung eines aktuellen und umfassenden Deutschlandbildes betraut. Diese Aufgaben führt das Goethe-Institut in eigener Verantwortung durch. www.goethe.de

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Der DAAD ist der Partner der deutschen Hochschulen für die Mobilität von Studierenden, Wissenschaftlern/innen, Graduierten und Künstlern/innen und stärkt somit die Internationalisierung der Hochschulen. Er betreibt internationales Marketing für den Hochschul- und Forschungsstandort Deutschland, hilft Entwicklungsländern beim Aufbau leistungsstarker Hochschulen, fördert die deutsche Sprache im Ausland und führt die „Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit“, die die dezentralen „Erasmus+“-Programme betreut. www.daad.de

Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Die AvH fördert langfristige Wissenschaftskooperationen zwischen exzellenten ausländischen und deutschen Forscherinnen und Forschern. Sie vergibt Stipendien und Preise, mit denen Wissenschaftler/innen aus dem Ausland nach Deutschland kommen, um ein Forschungsprojekt mit einem Kooperationspartner durchzuführen. Wissenschaftler/innen aus Deutschland können als Stipendiaten ein Forschungsprojekt als Gast bei einem von weltweit 26.000 „Humboldt-Alumni“ verwirklichen. Dem „Humboldt-Netzwerk“ des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs gehören Wissenschaftler/innen aus über 130 Ländern an – unter ihnen 51 Nobelpreisträger. www.humboldt-foundation.de

Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) des UNHCR

Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) ist ein weltweites Drittland- bzw. Surplace-Stipendienprogramm für anerkannte Flüchtlinge zum Studium an einer Universität/Fachhochschule oder äquivalenter Institution. Das Programm besteht seit 1992 und hat inzwischen mehr als 6000 Flüchtlingen ein Hochschulstudium ermöglicht. Das Auswärtige Amt unterstützte DAFI in den vergangenen Jahren mit rund 3,4 Mio. Euro jährlich. www.unhcr.de/unhcr/dafi.html

Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Das ifa mit Sitz in Stuttgart ist der älteste deutsche Kulturmittler. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen. Als Kompetenzzentrum für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vernetzt es Zivilgesellschaft, kulturelle Praxis, Kunst, Medien und Wissenschaft. Kernaufgaben des ifa sind ferner der interkulturelle Dialog und zivile Konfliktbearbeitung. Das ifa wird vom Auswärtigen Amt, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart gefördert. www.ifa.de

Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Die ZfA, eine Abteilung des Bundesverwaltungsamts, ist seit 1968 im Auftrag des Auswärtigen Amtes für die schulische Arbeit im Ausland zuständig. Über 2.000 von der ZfA vermittelte Auslandsdienstlehrkräfte, Programmlehrkräfte und Fachberater/innen arbeiteten im Berichtszeitraum im deutschen Auslandsschulwesen. Derzeit betreut die ZfA mit rund 90 Mitarbeitern und 54 Fachberatern sowie 13 Prozessbegleitern die deutsche Auslandsschularbeit. www.auslandsschulwesen.de

Pädagogischer Austauschdienst (PAD)

Der PAD ist im Auftrag der Länder für den internationalen Austausch und die internationale Zusammenarbeit im Schulbereich tätig und bildet eine Abteilung im Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Programme richten sich an Schülerinnen und Schüler,

Lehrkräfte, angehende Lehrkräfte sowie Schulen in Deutschland und im Ausland. Jährlich können so rund 35.000 Teilnehmende gefördert werden. www.kmk-pad.org/

IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.

IJAB ist als Fachstelle für internationale Jugendarbeit im Auftrag der Bundesregierung, seiner Mitgliedsorganisationen und anderer Träger der Jugendarbeit tätig. Seine Aufgabe ist die Stärkung und Weiterentwicklung der internationalen Jugendarbeit und jugendpolitischen Zusammenarbeit – sowohl mit den Ländern Europas als auch weltweit. www.ijab.de

Bei IJAB angesiedelt ist JUGEND für Europa, die nationale Agentur für das EU-Programm „Erasmus+“ „JUGEND IN AKTION“. www.jugendfuereuropa.de

Deutsche UNESCO-Kommission (DUK)

Die DUK ist Deutschlands Mittlerorganisation für die Zusammenarbeit mit UNESCO in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Ihre Aufgabe ist es, die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und andere zuständige Stellen in allen Fragen zu beraten, die sich aus der Deutschlands Mitgliedschaft in der UNESCO ergeben. Mit Hilfe fachlicher Expertise trägt sie dazu bei, die Stimme Deutschlands in der UNESCO zu stärken und gleichzeitig die Ziele und Projekte der UNESCO in der deutschen Politik zu tragen. Sie ist Teil des weltweiten Netzwerkes von 199 UNESCO-Nationalkommissionen. www.unesco.de

Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das DAI ist eine 1829 gegründete Forschungsinstitution, die seit 1874 dem Auswärtigen Amt angegliedert ist. Es ist weltweit mit Projekten in ca. 40 Ländern tätig und verfügt neben seinen Einrichtungen in Deutschland auch über Infrastruktur in verschiedenen Regionen. Das DAI fördert im Bereich der Außenwissenschaftspolitik die Verbindung zwischen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Netzwerken. Durch seine Forschungsarbeit leistet das DAI einen grundlegenden Beitrag zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Es erarbeitet Ausstellungen weltweit und trägt zum Erhalt des kulturellen Erbes bei. www.dainst.de

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Das BIBB ist das Kompetenzzentrum zur Erforschung und Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland. Das BIBB unterstützt die bilaterale Berufsbildungskoooperation des BMBF. Das BIBB berät Partnerländer bei der Modernisierung ihrer Berufsbildungssysteme. Zurzeit bestehen weltweit Kooperationsabkommen mit ca. 30 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der beruflichen Bildung. www.bibb.de. Am BIBB ist seit September 2013 die Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation der Bundesregierung (GOVET) angesiedelt. GOVET ist zentraler Ansprechpartner für nationale und internationale Akteure der Berufsbildungszusammenarbeit. Das BIBB fungiert zudem als Nationale Agentur für das Europäische Bildungsprogramm „Erasmus+“ im Bereich der Berufs- und Erwachsenenbildung (NA BIBB). Sie setzt u. a. die Lernmobilität im Bereich der beruflichen Bildung um.

www.govet.international.

Deutsche Welle (DW)

Die DW ist der Auslandssender Deutschlands. Ihr gesetzlicher Auftrag: Werte und Perspektiven zu verbreiten, für die Deutschland als freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat steht. Es ist Aufgabe der DW, durch ihre Angebote im Internet, Fernsehen und Radio ein realistisches, facettenreiches Deutschlandbild zu vermitteln und dadurch zur Reputation Deutschlands in der Welt beizutragen. Sie soll deutschen, europäischen und anderen internationalen Sichtweisen ein Forum geben und das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker fördern. 2014 hat die DW eine umfassende inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung begonnen. Sie strebt eine Steigerung der Reichweite von derzeit 101 Mio. regelmäßigen wöchentlichen Nutzern auf 150 Mio. im Jahr 2017 an. Damit will sie angesichts der wachsenden Konkurrenz anderer Auslandssender ihre Präsenz auf den internationalen Medienmärkten ausbauen. Die DW wird aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert, sie erhält zudem Mittel zur Projektförderung u. a. aus dem Haushalt des AA. www.dw.de

Max Weber Stiftung (MWS)

Die Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (Etat 2014 ca. 40,5 Mio. Euro) fördert als größte deutsche geisteswissenschaftliche Forschungseinrichtung Forschung mit Schwerpunkten auf Gebieten der Geschichts-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in derzeit zehn Forschungsinstituten im Ausland (sechs Deutschen Historische Institute in London, Moskau, Paris, Rom, Warschau und Washington D. C. , Deutsches Institut für Japanstudien in Tokio, Orient-Institut Beirut mit Außenstelle in Kairo, Orient-Institut Istanbul, Deutsches Forum für Kunstgeschichte in Paris). Seit 2013 beschäftigt sich eine Forschungsgruppe in New Delhi mit der Sozial- und Bildungspolitik in Indien seit dem 19. Jahrhundert. Seit 2012 wird eine virtuelle Infrastruktur geschaffen, um Wissenschaft weltweit besser zu vernetzen und ein neues, zeitgemäßes Forum zur Präsentation ihrer Forschung zur Verfügung zu stellen.

Kulturstiftung des Bundes (KSB)

Die KSB wurde 2002 als gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts gegründet und hat ihren Sitz in Halle an der Saale. Im Rahmen der Bundeszuständigkeit bei der Kunst- und Kulturförderung konzentriert sich ihre Arbeit auf die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext. Vor allem Austauschprojekte und länderübergreifende Kooperationen spielen dabei eine wichtige Rolle. Die KSB ist ein wichtiger Partner für das Goethe-Institut und häufig maßgeblich an der Finanzierung von Projekten beteiligt. 2014 hat die Stiftung für ihre Arbeit 37,5 Mio. Euro aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erhalten. www.kulturstiftung-des-bundes.de

Haus der Kulturen der Welt (HKW)

Das Haus der Kulturen der Welt gehört zum Geschäftsbereich der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB), der auch die Internationalen Festspiele Berlin (Berlinale) und die Berliner Festspiele – einschließlich des Martin-Gropius-Baus – umfasst und deren Alleingesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist. Das HKW feierte im Oktober 2014 sein 25-jähriges Bestehen. Seit 1989 ist das HKW in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin ein kosmopolitischer Ort für die internationalen zeitgenössischen Künste und ein Forum für aktuelle Entwicklungen und Diskurse, in dem sich Wissenschaft und Kunst verbinden. Das HKW zeigt Werke außereuropäischer Kulturen aus den Bereichen Bildende Kunst, Musik, Literatur, darstellende Künste, Film und Medien und verknüpft sie zu einem interdisziplinären Programm. Das HKW wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien institutionell gefördert, das Auswärtige Amt unterstützt mit einer regelmäßigen, projektbezogenen Förderung, die durch zusätzliche Mittel aufgestockt werden kann. www.hkw.de

Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften

Kulturgesellschaften im Ausland leisten als lokale Vereinigungen einen wichtigen Beitrag zum Kulturaustausch zwischen ihren Ländern und Deutschland. Sie sind im Netzwerk der deutschen AKBP wertvolle Partner für die Durchführung kulturpolitischer Aktivitäten. Derzeit werden 158 Kulturgesellschaften im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Goethe-Institut betreut und mit Projektmitteln gefördert. Im Inland unterstützt das Auswärtige Amt die Projektarbeit einiger gemeinnütziger Vereinigungen, die mit Kultur- und Informationsveranstaltungen den bilateralen Kulturaustausch fördern.

Fulbright-Kommission

Die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission ist eine binationale Institution, die von deutscher und amerikanischer Seite gemeinsam finanziert wird. Sie wurde bereits vor über 60 Jahren mit dem Ziel gegründet, das gegenseitige Verständnis zwischen den USA und Deutschland durch akademischen und kulturellen Austausch zu fördern. Die Fulbright-Kommission unterstützt hochqualifizierte Studierende, Lehrende, Journalisten/innen, Wissenschaftler/innen und Hochschuladministratoren beider Länder mit jährlich über 700 Stipendien. www.fulbright.de

Villa Aurora

Die Villa Aurora, das ehemalige Wohnhaus von Lion und Marta Feuchtwanger in Los Angeles, ist Künstlerresidenz und Ort der Kulturbegegnung. Zum Gedenken an die Zeit des Exils hält sie die Erinnerung an Künstler/innen und Intellektuelle wach, die in Kalifornien Zuflucht vor NS-Verfolgung fanden und bedeutenden Einfluss auf das Kulturleben der US-amerikanischen Westküste hatten. Der Verein mit Sitz in Berlin fördert

den deutsch-amerikanischen Kulturaustausch. Die Villa Aurora wird vom Auswärtigen Amt und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert. www.villa-aurora.org

Deutsche Auslandsgesellschaft e. V.

Die Deutsche Auslandsgesellschaft e. V. mit Sitz in Lübeck wurde 1949 gegründet. Schwerpunkt ihrer vom Auswärtigen Amt geförderten Arbeit ist die Stärkung von Deutsch als Fremdsprache in Nord- und Nordosteuropa sowie im Ostseeraum vor allem im Bereich der Lehrerfortbildung.

Villa Vigoni

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), ist seit 1984 durch Annahme eines Vermächtnisses Eigentümerin der Liegenschaft Villa Vigoni in Loveno di Menaggio am Comer See (Italien). Mit dem Vermächtnis war die Auflage verbunden, die deutsch-italienischen Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft, der Bildung und der Kultur unter Einbeziehung ihrer Verknüpfungen mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu fördern. Der bi-nationale Trägerverein Villa Vigoni e. V. soll Begegnung und Verständnis zwischen Deutschen und Italienern fördern und einen ständigen Wissens- und Erfahrungsaustausch ermöglichen. Diese Aufgaben werden durch Studienaufenthalte, Seminare, Diskussionsrunden, Kolloquien und künstlerische Veranstaltungen, überwiegend in der Villa Vigoni sowie durch Publikationen erfüllt. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Begegnung von Entscheidungsträger/-innen aus Wissenschaft und Politik. Der Verein hat seine Tätigkeit unter das Motto „Deutschland und Italien im vereinten Europa, Europa in der einen Welt“ gestellt.

Auslandskulturarbeit der Kirchen

Die deutsche katholische Kirche (Deutsche Bischofskonferenz/DBK) und die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) sowie deren Missionswerke (Deutsche Ordensobernkongregation; Evangelisches Missionswerk in Deutschland) leisten im Rahmen ihrer Aktivitäten im Ausland bereits seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Präsenz Deutschlands im jeweiligen Gastland und sind anerkannte Partner des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Beide Kirchen unterhalten weltumspannende, weitreichende Netzwerke und unterstützen das Auswärtige Amt dadurch gewinnbringend bei der Vermittlung der werteorientierten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der Verständigung zwischen Menschen und Kulturen. Zu diesem Zweck stellte das Auswärtige Amt auch im Jahr 2014 der DBK und der EKD sowie den zugehörigen Missionswerken Mittel für die Durchführung von Kulturprojekten sowie Austausch- und Begegnungsprojekten in den Auslandsgemeinden zur Verfügung. Zudem fördert das Auswärtige Amt Stipendienprogramme des Katholischen Akademischen Ausländerdienstes (KAAD) und von Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst besonders in der Region Osteuropa.

Der Thesenanschlag Martin Luthers jährt sich 2017 zum 500. Mal. Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum wurde daher 2008 die Lutherdekade eröffnet. Die EKD und staatliche Institutionen konzipieren und organisieren die Dekade partnerschaftlich. Die Reformation hat die geistesgeschichtliche und gesellschaftliche Entwicklung einer Vielzahl von Ländern entscheidend beeinflusst. Deshalb begleitet auch das Auswärtige Amt im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik die Reformationsdekade mit eigenen Projekten.

